

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit Illustrirter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Verzeichnungs-
 Liste für 1897 unter Nr. 7487.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühren
 beträgt für die sechsgespaltene Spalte
 je oder deren Raum 40 Pfg., für
 Vereins- und Berathungs-Komitees,
 sowie Arbeitsmatt 20 Pfg. Insetate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Anzeigenspreiser: Ausl. Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Weuß-Straße 2.

Donnerstag, den 2. September 1897.

Expedition: SW. 19, Weuß-Straße 3.

Ein Trinkspruch des Kaisers.

In Koblenz wurde nach der Denkmals-Einweihung Tafel für die Provinz gehalten und der Kaiser fügte seiner Montagsrede, in der er jeden Einfluß und Einspruch auf die Armee ablehnte, eine weitere Rede hinzu. Wenn zwar auch dieser Rede keine weitere politische Bedeutung beigemessen werden kann, so ist sie doch von neuem charakteristisch für die ungewöhnliche Sinnesart des deutschen Kaisers und darum immerhin wohl mittheilenswerth. Nach einigen einleitenden Worten, welche an die Denkmalsentheilung anknüpfen, sagte der Kaiser:

„Und wahrlich, recht hat das Volk, ihm Dank zu sagen und ihm seinen Dank zu beweisen. Und gerade in Koblenz ist besondere Achtung zu erweisen. Und gerade in Koblenz ist die große Kaiserin in der Zeit, da er in Koblenz residierte, vorbereitet und vorschauend für seine Armee die Organisation anordnete, ebenso hat er auch auf dem Gebiete des Staatslebens und der Staatskunst Arbeiten geleistet, die ihren Erfolg gezeigt haben, als er im hohen Greisenalter den Thron bestiegen durfte. Er trat aus Koblenz, wie er auf dem Thron trat, hervor als ein ausgewähltes Hülfsmittel des Herrn, als welches er sich betrachtete.“

Und allen, und vor allen Dingen uns Fürsten, hat er ein Kleinod wieder emporgehoben und zu hellem Strahlen verholfen, welches wir hoch und heilig halten müssen; das ist das Kleinodium von Gottes Gnade, das Königtum mit seinen schweren Pflichten, seinen niemals endenden, stets andauernden Mühen und Arbeiten, mit seiner furchtbaren Verantwortung vor dem Schöpfer allein, von der kein Mensch, kein Minister, kein Abgeordnetenhauss, kein Volk den Fürsten entbinden kann.

Dieser Verantwortung bewußt und sich als Hülfsmittel des Herrn betrachtend, hat in tiefster Demuth dieser große Kaiser seinen Weg gewandelt. Er hat uns die Einigkeit und das Deutsche Reich wiedergegeben, und hier in dieser schönen Provinz sind seine hohen Gedanken entstanden und gereift; an dieser Provinz hat sein Herz gehangen, diese Stadt hat er geliebt, hat sie in geweihter Erde betreten, und mit dieser Provinz hat er gelebt und gelitten. Deshalb will mir das Herz übergehen, wenn ich an dem heutigen Tage an dieser Stelle zu Ihnen, den Rheinländern, spreche und von Herzen Ihnen meinen Dank ausspreche für das, was Sie für meinen Herrn Großvater und sein Andenken gethan haben.

Für mich soll es eine hohe Pflicht sein, in den Wegen zu wandeln, die der große Herrscher uns gewiesen, in der Fürsorge für mein Land meine Hand über dieses herrliche Kleinod zu halten, und in der überkommenen Tradition, die fester steht wie Eisen und wie die Manern von Ehrenbreitstein, diese Provinz an mein fürsorgliches, landesväterliches Herz zu legen. Ich sehe in ihr einen Diamant von zwei Smaragden gefaßt, und hoffe und wünsche von ganzem Herzen, daß ihre Bevölkerung unter dem Schutze eines lange andauernden Friedens sich entwickeln möge, daß die Witzelieder ungehört auf den Bergen hallen, daß der Hammer in der Schmiede wieder töne, damit wir in der Friedensarbeit zeigen können, was wir im Deutschen Reich und speziell in der Rheinprovinz leisten können. Von diesen Empfindungen getragen und im Geiste meines hochseligen Herrn Großvaters erhebe ich mein Glas und trinke von ganzem Herzen auf mein Rheinland, die Rheinprovinz und das schöne Weinland: Die Rheinprovinz lebe hoch! Nochmals! Zum dritten Male hoch!

Offenbar ist diese Rede des Kaisers eine wohl vorbereitete. Sie will dem Lande verkündigen, wie der Kaiser die ihm gemordene Herrschaftsaufgabe aufsaßt und auszuführen sucht. Sie giebt diese Verkündigung in farbenreichen Wendungen und Bildern, wie sie der Kaiser, der auch Künstler, Dichter, Maler und Komponist sein will, stets liebt, und mit einer Ueberschwänglichkeit des Ausdruckes, welche mit den hochgehenden Auffassungen des Kaisers von seinem Berufe und seiner Größe und ebenso mit dem begeisterungstrunkenen Urtheil über den Großvater durchaus harmonirt.

Wilhelm I. gilt seinem Enkel als „der Große“ und die höchsten Verdienste werden ihm beigemessen. Wohl ehrt die pietätvolle Ehrung des Vaters oder auch des Großvaters. Aber die Geschichte giebt Lehren, die weit abweichen von dem Urtheil des Kaisers. Sie zeigt bekanntlich, daß die Aufgabe, die Wilhelm I. nach Wilhelm's II. Auffassung „als ein ausgewähltes Hülfsmittel des Herrn“ vollbrachte, eher gegen Willen und Wunsch des ersten Kaisers durchgeführt worden ist.

Und ebenso hoch wie das jetzige Reichsoberhaupt die Leistungen seines Ahnen stellt, ebenso hoch stellt es seine eigenen Aufgaben und Ziele. Auch dies ist sicherlich eine Eigenschaft, die dem Herrscher ebenso gut ansteht wie jedem anderen Menschen. Aber der objektive Betrachter weiß zu gut, daß kein einzelner, kein Fürst, kein König oder Kaiser so große Kräfte in sich birgt, daß er so großes leisten könnte, wie Wilhelm II. von sich verlangt. Ja, Wilhelm II. faßt offenbar seine Stellung in solcher Art auf, daß er sie sich dadurch selbst höchlichst erwerbt. Er spricht von seinen schweren Pflichten, seinen andauernden Mühen, seiner furchtbaren Verantwortung, von der kein Mensch, kein Minister, kein Abgeordnetenhauss, kein Volk ihn entbinden könne. König Friedrich II. von Preußen, den ja auch die deutschen Monarchisten und Hohenzollernschwärmer als „einen Großen“ hinstellen, sprach das Wort vom „ersten Diener des Staates“. Der Staat aber ist im Grunde nichts anderes als die Volksgemeinschaft. Wenn also eine Persönlichkeit nun einmal die so schwierig geschilderte Aufgabe, Monarch zu sein, tragen soll, so sollte er sich doch an jenes Wort erinnern und nur ruhig die Wünsche und Forderungen des Volkes zur Ausführung bringen, dann würde ihm gewiß die Schwere seiner Bürde alsbald weit leichter erscheinen. Dann brauchte er sich auch nicht, um die Kraft zur Erfüllung seiner Aufgaben zu finden, auf ein besonderes „von

Gottes Gnade“ zu stützen. Wir können begreifen, daß die Selbst-Suggestion, von einer besonderen höheren Gnade begnadet zu sein, tiefe Wirkungen auf die menschliche Seele auszuüben vermag, aber eine Suggestion bleibt denn doch nur eine Suggestion und eine Fiktion. In dem demokratischen Bewußtsein unserer Zeit ist nun einmal der Niederste von gleicher Gnade — wenn man einmal diesen alternden oder schon veralteten Ausdruck beibehalten will — wie der Höchste.

Aber jene Auffassung des Kaisers von der Art seiner Aufgaben kann auch, ganz ohne seine Schuld, zu anderen sehr bedenklichen Konsequenzen führen. Auch von den Cäsaren Roms, den Kaisern von Byzanz und den deutschen Kaisern des Mittelalters empfand mancher kaum anders, als es aus den Worten Wilhelm's II. klingt. Wilhelm II. ist aber kein absoluter, sondern ein konstitutioneller Monarch, gebunden an die Verfassung, die dem Volke bestimmte Herrschaftsrechte überträgt. Nun will selbstredend der Kaiser mit seinen Worten nicht sagen, daß er sich unter Umständen durch seine von ihm angenommene höhere Bestimmung für berechtigt halte, über des Volkes verfassungsmäßige und eidlich beschworene Rechte hinwegzuschreiten. Wohl aber giebt es bei uns in großer Zahl jene Gewaltmenschen, welche die Volkrechte hassen und den Absolutismus, der ihnen Macht und Ehre schenken soll, wieder herbeizuführen befreit sind. Diese frechen und herrschaftstgierigen Geistes werden leicht des Kaisers Worte zu spießfindigen Beweisführungen benutzen, daß der Kaiser „im Nothfalle“ oder, wie es dann heißt, „zum Wohle des bedrohten Vaterlandes“ sich nicht an Verfassung und Eid zu binden brauche kraft seiner höheren, göttlichen Mission.

In solchen Zeiten wäre es vielleicht für die Entwicklung der deutschen Verhältnisse günstiger, wenn die Rede des Kaisers, selbstredend unbeabsichtigt, den Staatsrechtlern und Unstürlern von oben nicht die treffliche Gelegenheit zu solchen Mißdeutungen gegeben hätte!

Wir wollten uns der Mittheilung dieser neuesten Auslassung des Kaisers und einiger Bemerkungen zu ihr nicht entschlagen, da dieselbe sicherlich von der Byzantinerpresse wieder in allen Tonarten besungen werden wird. Wir vergessen dabei keineswegs, daß überhaupt alle solche Reden und Verleumdungen, sei es auch von „höher“ oder „höchster Stelle“, in der Geschichte der Völker niemals eine ausschlaggebende Bedeutung haben können.

Politische Uebersicht.

Berlin, 1. September.

Die konservativen Parteiführer waren gar zu untröstlich über die herben Worte, die ihr vergötterter Heroß wider sie losgelassen hatte. Sie haben ihm eine Visite gemacht und ihren Jammer geklagt. Und Bismarck ist eine weiche Seele und hat erklärt, jene Aeußerungen seien nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen und es seien ja bloß die Führer der Partei von damals gemeint gewesen, wo er auf's Allenheil gesetzt und von seinen rabiativen Verehrern preisgegeben wurde. Darob heller Jubel bei den Konservativen. Wir sind gar nicht gemeint, ganz anderen gelten des Reichskanzlers Bismarck's Worte.

Das komische dabei ist, daß die Parteiführer von heute auch die Parteiführer von damals waren und daß Bismarck überhaupt das Streberthum der Konservativen ganz allgemein gegeißelt hatte. Freilich wurde es nun beiden Theilen unangenehm, daß die wahre Meinung des Oberjunkers über seine Mit- und Unterjunker ausgeplaudert wurde. Aber der jetzige Abschwächungsversuch zeigt nur, wie tief dieser unversehens losgegangene Pfeil im konservativen Fleisch steckt und wie sehr er schmerzt. Bismarck konnte seine Konservativen recht wohl und von dem Bild, das er von ihnen gemalt, kommen sie nicht los.

Folgende Sensationsnachricht läßt sich die „Kön. Zeitung“ aus Weisbach berichten:

Unter dem Verdacht, einen Anschlag auf das Leben des deutschen Kaisers zu planen, wurde gestern hier ein deutscher, bis vor kurzem in London anfassiger und erst in der vorigen Woche von einer Reise nach Deutschland hierher zurückgekehrter Anarchist namens Gustav Dauben speck verhaftet. Die Verhaftung erfolgte auf Grund einer Anzeige eines Deutschen, der durch Andeutungen eines Freundes des Anarchisten von dem Anschläge und der ursprünglich auf vorgestern Abend angelegten Abreise des letzteren nach Deutschland Kenntniß erhalten hatte.

Wir erlauben uns zunächst unsere gelinden Zweifel auszusprechen, daß es Herrn Daubenspeck möglich sein sollte, unbehelligt Reisen innerhalb der deutschen Grenzen zu machen. Herr Daubenspeck ist als Anarchist seit mindestens 15—20 Jahren bekannt.

Keine „große anarchische Aktion“ ist in den letzten 10 Jahren und seit länger in London arrangirt worden, ohne daß Daubenspeck daran theilhaftig gewesen wäre. Und gerade diesem Mann sollte die deutsche politische Polizei eine so geringe Aufmerksamkeit schenken, daß er unbehelligt in Deutschland reisen und seine „Anschläge auf das Leben des deutschen Kaisers“ verfolgen konnte.

Wir schätzen gewiß die Fähigkeiten unserer politischen Polizei möglichst gering ein, und es fehlt uns wahrlich nicht an Beweisen, wie leicht es ist, einzelne ihrer Angehörigen über den Köpfen zu barbieren, daß sie aber einen Daubenspeck unkontrollirt in Deutschland reisen und Kaiserattentate vorbereiten läßt, für so minderwerthig schätzen selbst wir unsere politische Polizei nicht ein.

Unverwähnt wollen wir freilich auch nicht lassen, daß in Mosk's „Freiheit“ Herr Daubenspeck bezichtigt worden ist, bei der Aus-

lieferung News's an die deutsche Polizei mit Ehren-Peulert zusammen gearbeitet zu haben.

Wenn an dieser Beschuldigung etwas Wahres wäre, dann bekäme die Nachricht der „Königlichen Zeitung“ allerdings einen besonders pikanten Beigeschmack. Vorläufig aber weisen wir zu der Annahme, daß an der ganzen Nachricht der „Königlichen“ nichts dran ist und es sich nur um eine Ente der Sauerbrunnzeit handelt.

Graf Badeni erfreut sich des vollsten Vertrauens seines Kaisers und da meint er va banque spielen zu können, er spielt mit dem Verfassungsbruche, mit der Terrorisirung der Minorität des Reichsraths, hofft mit Maulkorb-Befehlen und dem Polizeiknüppel die Opposition im Abgeordnetenhause und im Landtage niederhalten zu können. Den in Wien versammelten Vertretern der Rechten des Abgeordnetenhauses gab Badeni die Zusicherung, daß er sich auf die Majoritätsparteien rückhaltlos stützen wolle.

Während der Streit der nationalen Parteien in Oesterreich auf die äußerste Spitze getrieben wird, bereiten die tschechischen und deutschen Genossen eine große nationale Friedensdemonstration vor, die am nächsten Sonntag in Prag stattfinden soll.

Eine vorbereitende Konferenz, an der Arbeiter beider Nationalitäten theilnahmen, entwarf ein Friedensmanifest, das in entschiedenster Weise den Klassenkampf und die nationalen Exzeße verurtheilt, die Regierung und die Bourgeoisie beider Volksstämme für alle Exzeße verantwortlich macht und gegenüber dem Klassenkampfe die unerschütterliche Solidarität der Arbeiter beider Volksstämme und den proletarischen Klassenkampf proklamirt. Der Regierung und der nationalen Bourgeoisie wird die Fähigkeit zur Herstellung des nationalen Friedens abgesprochen. Zur Aushaltung desselben fordert die Sozialdemokratie: die Erlassung eines Sprachengesetzes, die Beseitigung aller politischen Vorrechte der bestehenden Klassen und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Das Manifest wird, in einer Massenanfrage in beiden Landessprachen hergestellt, demnächst zur Verbreitung gelangen.

Den feindlichen Brüdern in der österreichischen Bourgeoisie und insbesondere der Regierung und den Behörden ist dieses Vorgehen der Sozialdemokratie höchst unbequem.

Schon jetzt haben unsere österreichischen Genossen einen großen moralischen Erfolg zu verzeichnen, auch die praktischen Erfolge werden bald zum Vorschein kommen.

Der Sultan hat auf einen Glückwunsch, welchen Ehem Pascha namens der thessalischen Armeen zum Thronbesteigungsfeste gesandt hatte, geantwortet, daß er während seiner zwanzigjährigen Regierungszeit noch niemals so glücklich gewesen sei, als jetzt.

Doch dürften die armenischen Geschicknisse seine köstliche Saune etwas trüben. Man bietet alle möglichen Maßregeln an, um die Armenier niederzuhalten. So ist am 30. August eine Verordnung veröffentlicht worden, welche allen kürzlich aus der Provinz angekommenen Armeniern, oder solchen, die keine Familie haben, den Aufenthalt in Konstantinopel untersagt.

Die griechische Regierung hat den Mächten ihre Antwort ertheilt. Sie erklärt sich bereit, für den Dienst der Kriegsenfschuldigungsanleihe die Einnahmen aus der Stempelsteuer, deren jährlicher Betrag über 11 Millionen Drachmen ausmache, als Garantie zur Verfügung zu stellen.

Auf Kreta besteht das Ergebnis der zwischen den Führern der Aufständischen und den Flottenbefehlshabern geführten Verhandlungen darin, daß sich die Aufständischen in allen Punkten mit den Vorschlägen der Admirale beifällig schrittweiser Organisirung der autonomen Behörden einverstanden erklärten. Dagegen wiesen sie jede Erweiterung der neutralen Zone bis zur endgültigen Durchsührung der Autonomie zurück. Jeder Versuch der Türken, die Zone vor dem amtlichen Abschluß des Friedens zu überschreiten, werde den Wiederausbruch des Kampfes zur Folge haben.

Zur Lage in Indien befreitet die „Times“ die Meldung, daß die Afridi den Kohatpaß besetzt haben. Eine geschlossene Abtheilung Kavallerie und Infanterie, von Malanni kommend, marschirte am Dienstag unbehelligt durch den Paß. Mit dieser Verstärkung werde, so meint die „Times“, der Brigadengeneral Biddis im Stande sein, von Kohat aus die Offensive gegen die Drokais, die ins britische Gebiet eingefallen sind, zu ergreifen. General Jeffrey's Brigade, die den Marsch nach dem Adam Ahal-Ende begonnen hatte, wurde zurückberufen, da der Mullah von Padda drohe, den Khan von Dir wegen seiner Freundschaft mit England anzugreifen.

Aus Simla meldet das „Henter'sche Bureau“: Der Posten Gazardand in Beludschistan, welcher durch eingeborene Truppen besetzt war, wurde in der Nacht des 29. v. Mts. angegriffen. Die Mannschaften der Besatzung sowie andere Personen wurden getödtet. Der politische Agent verfolgt die Streitmacht, welche den Posten überfallen hat, mit Kavallerie.

Die Situation ist also jedenfalls eine sehr ernste und jeder Tag kann interessante Meldungen bringen.

Sehr bemerkenswerth ist ein Telegramm aus Konstantinopel vom Mittwoch, welches besagt: „Der afghanische Warden-träger Seid Pascha, welcher einige Wochen als Gast des Sultans hier gewohnt hat, ist heute mit seinem Gefolge von 28 Personen wieder abgereist. Wie verlautet, überfand der Sultan dem Emir ein Handschreiben und kostbare Geschenke.“ Für die Engländer ist diese enge Freundschaft zwischen den islamitischen Reichen, die beide mit ihm auf gespanntem Fuße stehen, sehr peinlich.

Deutsches Reich.

— Ueber die kaiserliche Rede, welche wir im Leitartikel besprochen, äußern sich von den heutigen Abendblättern nur die „Nat.-Ztg.“ und das „Berl. Tagebl.“ Welcher Blätter Kennerungen sind recht bezeichnend.

Die „Nat.-Ztg.“ läßt durchblicken, daß ihr zu oft widerlehrende kaiserliche Reden nicht recht gefallen; die „Denkmalszei-

weihungen sollen lieber prunklos vor sich gehen. Den Trinkspruch hält die genannte Zeitung für „hochpolitisch“ und sie bemerkt zu der auffälligen Stelle vom Gottes-Gnadenhalm:

„Es kann nicht ausbleiben, daß diese Worte in Beziehung zu den bedauerlichen Gerüchten gebracht werden, welche kurz vor und nach dem Schluss der letzten parlamentarischen Verhandlungen über den demnächstigen Gang unserer politischen Angelegenheiten, über die angebliche Absicht in Rußland gesetzt wurden, Pläne, welche auf parlamentarischen Widerstand gestossen, ohne Berücksichtigung desselben durchzuführen. Die Koblenzer Worte des Kaisers mögen nicht zu einer Anklage, wonach sie sich auf beratende Absichten beziehen würden. Aber sie rufen, wenn dem nicht so ist, die Frage nach ihrem Anlaß und ihrer Bedeutung hervor. Es ist vollkommen richtig, daß niemand einen Fürsten von seiner Verantwortung entbinden kann. Dieses Schicksal heilen die Fürsten aber mit jedem Menschen, dem in irgend einem Pflichtenkreise eine nicht bloß durch äußeren Auftrag, sondern durch die Natur seiner Aufgaben bedingte Verantwortung obliegt. Für die Fürsten wie für jeden Menschen findet die persönliche Verantwortung und die Befugnis, auf diese hin zu handeln, ihre unübersteigliche Schranke an den Pflichten und Rechten und an der aus ihnen sich ergebenden Verantwortung anderer — im Staatsleben an der Verantwortung der einzelnen Faktoren desselben. Kein Minister darf vertreten, kein Parlament darf genehmigen, was sie für falsch und verwerflich halten. Dafür sind sie verantwortlich: in der Gegenwart, vor der Geschichte, vor dem Volke, von dessen Schicksal es sich handelt.“

Gegenüber dieser sachlichen Besprechung des nationalliberalen Blattes steht das Verhalten des „Liberals“. „Berliner Tageblatt“ redet eigentümlich ab. Es sagt lediglich:

„Erfreulich ist an dieser Rede vor allem, daß der Kaiser die Fürsorge für sein Land und die Aufrechterhaltung des Friedens als seine ersten und vornehmsten Pflichten betrachtet. In der That, die Verantwortung, die in diesen beiden Richtungen auf dem deutschen Kaiser lastet, ist eine „sunkbare“, und erfreulich ist es, wenn ein Monarch sich derselben bewußt ist.“

Wie die Masse- und Berufs-Gesellschaft sich nach oben anzubieten sucht, ist einfach widerlich.

Zur Krisis im Auswärtigen Amte wurde der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ von Berlin am 29. vor. Mts. geschrieben:

„Herr v. Marschall hat sich gestern nach mehrtägigem Aufenthalt bei uns sein Gut Neudorfhausen in Baden zurückbegeben. Er hatte hier mehrfach mit dem stellvertretenden Staatssekretär, Botschafter v. Bülow, konferiert, sonst aber ganz zurückgezogen gelebt. Sein Gesundheitszustand hat sich, dem Vernehmen nach, wesentlich gebessert, doch bedarf er zu seiner völligen Wiederherstellung noch einiger Ruhe und Erholung; er hat daher noch einen zweimonatigen Nachurlaub erbeten und erhalten. Nach zuverlässigen Mittheilungen unterliegt es keinem Zweifel, daß Herr v. Bülow noch im Laufe des Oktober definitiv zum Staatssekretär ernannt wird und Herr v. Marschall einen Auslandsposten erhält.“

Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ bestätigt die Richtigkeit dieser Information. Die „Allg. Volks-Ztg.“ verleiht vermutlich, daß Herr v. Bülow nicht Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, sondern Reichsanwalt und Herr v. Ziehmann der eigentliche Nachfolger des Herrn Marschall v. Bieberstein werden wird.

Wie können die Regelung dieser Personenfrage erwarten.

Zur Weiterführung der Justizgesetzgebung schreiben die „Berl. Pol. Nachr.“:

Zu den Vorlagen, deren Feststellung im Bundesrathe schon in einer nahen Zeit erwartet wird, gehören auch diejenigen, deren Erlass noch nötig ist, bevor das Bürgerliche Gesetzbuch in Kraft treten kann. Im Einführungsgesetz zum letzteren ist bestimmt, daß es am 1. Januar 1900 gleichzeitig mit einem Gesetze, betr. Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Zivilprozess-Ordnung und der Kontursordnung, einem Gesetze über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung, einer Grundbuchordnung und einem Gesetze über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in Kraft tritt. Alle diese Gesetze müssen also vorher verabschiedet sein. Nun halte der Reichstag, nachdem er in dem Tagungsabschnitte von 1898/99 das Bürgerliche Gesetzbuch durchberathen hatte, schon in dem folgenden von 1899/00 das Substitutionsgesetz und die Grundbuchordnung erledigt. Beide sind auch bereits Gesetz geworden. Von den vier im Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch erwähnten Vorlagen würden also noch die erste und die letzte zur Verabschiedung zu bringen sein. Ob in dessen die erste, Gerichtsverfassungsgesetz, Zivilprozess-Ordnung und Konturs-Ordnung umfassende Vorlage schon in der nächsten Tagung dem Reichstage wird vorgelegt werden, ist doch fraglich. Bisher hat man stets angenommen, daß, ehe diese Vorlage an den Reichstag gebracht werden würde, sie der Öffentlichkeit zur Kritik unterstellt werden sollte. Ein solches Verfahren hat sich bei einer ganzen Anzahl von Entwürfen, die im Bundesrathe berathen und dem Reichstage noch nicht zugestellt waren, als durchaus praktisch bewährt, und es würde dies auch sicherlich hier der Fall sein. Nun wird aber der Bundesrath vor Ende des laufenden Monats sicher nicht, wahrscheinlich aber erst in dem ersten Hälfte des nächsten wieder zu seinen Plenarsitzungen zusammenzutreten. Erst dann würde also eine Beschlußfassung die in Rede stehende Vorlage in plano möglich sein. Ob nun die dann noch für die öffentliche Kritik zur Verfügung stehende Zeit als genügend angesehen werden könnte, ist recht zweifelhaft. Jedenfalls ist es, falls man auf der Absicht der vorherigen Publikation fortbesteht, nicht sehr wahrscheinlich, daß, selbst wenn der Bundesrath die Vorlage über Gerichtsverfassungsgesetz, Zivilprozess-Ordnung und Kontursordnung recht bald nach seinem Wiederzusammentritt erledigt, sie noch in der nächsten Tagung dem Reichstage beschästigt wird.“

Ein Erlass des preussischen Justizministers an die Oberlandesgerichts-Präsidenten veröffentlicht der „Bureau-Angestellte“, das Organ des Zentralvereins der Bureau-Angestellten Deutschlands. Derselbe lautet:

„Der Justizminister. Berlin, den 21. Juli 1897.“

Seit Jahren werden von den Vertretern der sogenannten Bureau-Angestellten — der in den Bureau von Rechtsanwälden, Notaren, Gerichtsvollziehern, Versicherungsanstalten u. s. w. auf Grund privatrechtlichen Vertrages beschäftigten Personen — Klagen über ihre Berufsverhältnisse geführt. Dabei ist insbesondere hervorgehoben worden, daß die Angestellten beim Mangel entsprechender gesetzlicher Bestimmungen zwar ihrerseits in der Regel an eine monatliche oder noch längere Kündigungsfrist gebunden seien, selbst aber jederzeit ohne Kündigung entlassen werden könnten. Hierdurch geriethen sie angesichts der Gefahr, jeden Tag brotlos werden zu können, in ein entwürdigendes Abhängigkeitsverhältnis. Ferner wird behauptet, die Besoldung der Bureau-Angestellten sei vielfach, auch wenn diese bereits in vorgeordnetem Lebensalter ständen, zum Lebensunterhalt ganz unzulänglich, die Arbeitszeit sei übermäßig lang. Sonntagsarbeit bilde die Regel und in vielen Fällen müsse durch Nebenarbeit, die zu Hause gefertigt werde, auf Kosten der Gesundheit die unzureichende Besoldung ergänzt werden. Auch würden für die in Rede stehende Beschäftigung, da der Andrang befähigter Söhne armer Eltern zu dem Schreiberberufe sehr groß sei, in besonders großer Zahl jugendliche Personen als Lehrlinge angenommen, diese aber würden dann ausgenutzt, schlecht bezahlt und wenn sie in ein Alter gelangt seien, welches höhere Ansprüche an Besoldung berechtigt erscheinen lasse, entlassen, um durch neue Lehrlinge ersetzt zu werden.

Wenn auch die Klagen vielfach übertrieben und jedenfalls nicht für das ganze Staatsgebiet in vollem Umfange zutreffend sein werden, so mögen doch die Berufsverhältnisse der Bureau-Angestellten an größeren Orten in mancher Beziehung zu wünschen übrig lassen.

Soweit dies der Fall, wird die Frage zu erwägen sein, ob sich

eine Besserung der bezeichneten Verhältnisse ohne Beschneidung des Weges der Beschneidung herbeiführen läßt.

In Vertretung

(ges.) Rebe. Pfingstkehl.“

Dieser Erlass zeigt wieder recht deutlich, wie man bei uns Sozialpolitik betreibt. Auf frühere Eingaben der vielgeplagten Bureau-Angestellten wurde ihnen erwidert, nach der bestehenden Gesetzgebung lasse sich nichts thun. Das geht nun nicht mehr, und da wendet sich der Minister an die Oberlandesgerichts-Präsidenten, die genau so wenig von der Lage der Bureau-Angestellten wissen, wie der Minister selbst. Warum, fragt das genannte Fachblatt mit Recht, befragt man die Angestellten nicht selbst? Warum gab man dem Erlass nicht statt, durch die Reichsanwaltschaft für Arbeiterkassisten Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Branche vornehmen zu lassen? Die Oberlandesgerichts-Präsidenten werden sich natürlich an die Arbeitgeber der Angestellten um Auskunft wenden müssen, also an diejenigen, die an der Erhaltung des jetzigen Zustandes lebhaft interessiert sind.

Immerhin zeigt der Erlass des Ministers, daß die Bewegung der Bureau-Angestellten nicht ohne Eindruck geblieben ist. Die Organisation muß dafür sorgen, daß auf dem betretenen Wege fortgeschritten werde.

Das Wiederaufnahme-Verfahren im Prozeß Schröder und Genossen soll nochmals beantragt werden. Die Staatsanwaltschaft in Essen machte gegen den Wiederaufnahme-Antrag des Rechtsanwalts Dr. Niemeyer nämlich geltend, daß das wesentlichste in den beschworenen Ausfagen der Verurtheilten der zweite Stoß sei, den Münster nach Schröder geführt haben sollte; offenbar wegen ihrer Behandlung des zweiten Stoßes sei ihre Verurtheilung erfolgt; deshalb seien die Ausfagen der neuen Reugen, da dieselben über diesen Stoß nichts hätten bekunden können, irrelevant. Auch die Beschlußkammer, welche über den Wiederaufnahme-Antrag zu entscheiden hatte, machte sich die Ansicht des Staatsanwalts zu eigen und begründete damit auch die Ablehnung des Antrages. Nun haben aber nach den Gerichtsprotokollen drei der Verurtheilten folgende eidliche Ausfage gemacht. Beckmann sagt: „daß Münster den Schröder noch ein zweites Mal getroffen hat, will ich nicht behaupten.“

Willing: „daß der Gendarm Münster den Schröder zum zweiten Mal hingeworfen hat, will ich nicht behaupten.“

Ziel: „ich will nicht mit Sicherheit bekunden, daß der Gendarm dem Schröder einen zweiten Stoß versetzt hat.“

Auf Grund dieser Widersprüche will man das Wiederaufnahmeverfahren nochmals beantragen.

Beim Ordensregen in Rheinlande fiel auf den Freiherren v. Stamm der Stern zum Königl. Kronorden zweiter Klasse. Die Höhe dieser Auszeichnung zu erweisen fehlt und der rechte Maßstab. Zum mindesten bedeutet er, daß sich im Verhältnis des Kaisers zu unserem unermüdbaren Freunde nichts zum Schlechten geändert hat.

Chef der neuen Scharfmachertuppe in der „Post“ soll ein Herr Wilhelm Kronstein, s. Zt. zweiter Redakteur des „Rheinischen Kurier“, werden. Ueber sein Vorleben erzählt die „Frankf. Ztg.“:

„Geboren, wenn wir nicht irren, in Wechum, war er zunächst als Stenograph des weimariischen Landtags thätig und verlebte sich seine journalistischen Sporen im Anfang der achtziger Jahre bei der „Braunschweigischen Landes-Zeitung“, die mit konservativem und nationalliberalem Geiste gerundet worden war, um ein Gegengewicht gegen das freisinnige „Braunschweiger Tageblatt“ zu bilden. Von da kam er 1884 nach Arnheim an das dortige „Tageblatt“ und anfangs 1887 nach Wiesbaden zum „Rheinischen Kurier“. Als Politiker ist er eine Null und niemals hervorgetreten; seine Spezialität waren Reporterbesuche bei Hof und bei hochstehenden Persönlichkeiten. Die meisten größeren Zeitungsredaktionen werden seinen Namen dadurch kennen, daß er die Wiesbadener und Frankfurter Blätter ausschaltete und deren Nachrichten telegraphisch an deutsche und österreichische Blätter übermittelte, ein Verfahren, das allerdings meist nicht von langer Dauer war. Außerdem war er eine Art Agent für die Wäber Kreuznach und Langenschwalbach; er hatte für sie während der Saison die Kellame-Waschzettel anzufertigen und an die Zeitungen zu versenden, was häufig auch unter dem berechtigten Hinweis auf Vergeltung der Jusrate gelang. In Stern von Stamm scheint dieser industrielle Redakteur seit längerer Zeit Beziehungen unterhalten zu haben und diesem hat er wohl seine Berufung nach Berlin zu danken, die gleichbedeutend mit der Alleinherrschaft des bekannten Zeitungsgeheimraths (und Landtags-Abgeordneten Herrn v. Ziehm) sein wird, die unter einer selbständigen Redaktion nicht möglich wäre. Dergleichen wird Herr Kronstein bei der guten Beförderung, die ihm gewährt wird, gar nicht andrücken; er wird in der „Post“ ein Amt oder seine Meinung haben.“

Das Ansehen der Berliner Journalistik wird durch die Ueberfiedelung des Herrn Kronstein nach Berlin keine Erhöhung finden.

Koblenz, 1. September. Während des gestrigen Feuerwerks gerieth durch herabfallende Feuerwerkskörper der prachtvolle Kaiserpavillon in Brand und wurde zum größten Theile zerstört, doch gelang es der Koblenzer Feuerwehr bald, das Feuer zu löschen.

Läst sich da nicht ein Allentag kombinieren? Nach den kranzhaften Versuchen der letzten Tage halten wir nichts mehr für unmöglich.

Katholikentag in Landshut. In der Dienstag-Sitzung sprach Dr. Paasch über die „römische Frage“. „Der Papst müsse frei sein, frei und unabhängig, nicht Unterthan, sondern Souverän. Gott hat ihm die Regierung der Kirche übertreten, und darum darf seine Freiheit nicht beruhen auf den thönernen Faen des italienischen Garantiegesezes. Der Papst ist nicht Papst der italienischen Nation, sondern der ganzen Welt, und die ganze katholische Welt müsse deshalb die Freiheit des hl. Vaters fordern. Die Rechte des hl. Vaters seien nicht die Rechte einer Nation und einer Dynastie, sondern die Rechte des ganzen katholischen Volkes. Nationen und Dynastien können vergehen, aber die katholische Kirche kann nicht vergehen, sondern sie bleibt bis an das Ende der Tage, und darum wird die römische Frage immer wieder nach einer Lösung schreien, immer auf der Tagesordnung wiederkehren, bis die Lösung gefunden ist. Der Papst braucht allerdings nicht die weltliche Souveränetät, um als gleichberechtigter Souverän angesehen zu werden, er ist der führende Souverän; er braucht nicht die Souveränetät an sich, sondern zu dem Zwecke unbedingter Freiheit und Unabhängigkeit seines Amtes. Die deutschen Katholiken verlangen nicht, daß mit Waffengewalt Rom für den Papst wiedereroberet werde, wie unsere Gegner lügen. Hätte man nicht durch den Dreibund die Dinge in Italien in gedeihlicher Weise ordnen können? Wie wiederholen unsere alte Forderung immer wieder unter der Worte, daß der liebe Gott die Lage der schweren Prüfung des h. Stuhles abkürzen möge.“

Sodann sprach Rektor Huppert über Literatur und Presse. Er tabelle das Wesen moderner Romane, deren Verfasser Gegner der katholischen Kirche seien. Charakteristisch für den „Geist“ in jenen Kreisen sind folgende Ausführungen:

Wenn der hl. Vater den Katholiken gewisse Bücher verbietet, thut er dann etwas anderes als der preussische Kriegsminister, der den Soldaten die sozialdemokratische Lektüre verbietet? (Beifall.) Müsse doch jeder Christ von selbst schon von jedem Romane verlangen, daß er von christlichem Geiste durchdrungen sei. Für Wahrheit und Schönheit schwärmen auch die Katholiken, aber ein wahrer Katholik nur dann, wenn die christliche Wahrheit, die christliche Schönheit die Grundlage der Unterhaltungsdiktatur bilde.

Mit dem Katholikentag hielt auch der „Katholische Volksverein“, die anti-sozialdemokratische Gründung des Zentrums, seine Generalversammlung am Dienstag ab. Der Vorsitzende, Fabrikbesitzer Brandts-M. Gladbach, begrüßte die Ertrickenen und legte kurz die Zwecke des Volksvereins dar. Nach dem vom

Generalsekretär Pieper erstatteten Jahresbericht zählte der Volksverein am Ende des Vorjahres 179 827 Mitglieder, hielt gegen 500 Volksversammlungen ab und vertheilte 2 1/2 Millionen Broschüren. Seine Bibliothek umfaßte unentgeltlich 1088 Bücher. Der Verein zählt 24 Volksbureaus. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt und durch Bürgermeister Epich-Schleissbad und Domvikar Graf-Münster ersetzt. Mehrere Redner sprachen sodann über die Bedeutung des Volksvereins. Abg. Groben stellte ihn als Mittel hin zur Bekämpfung der radikalen Ideen der Sozialdemokratie und des Sozialbundes; in Mitteldeutschland habe man ausgezeichnete Erfahrungen mit dem Volksverein gemacht. Abg. Pieper führte aus:

„Jetzt, wo die Volkstheorie in die Massen gedrungen sei, müsse man sich auch zur Massenvertheilung der Religion zusammenschlien. Der Volksverein meine mit dem Worte „Volk“, daß die Masse, das Ganze gesamelt werden müsse, von der höchsten Spitze bis zum letzten Mann der gesamten katholischen Christenheit. Katholiken Deutschlands vereint Euch! Auch in Miederdeutschland brauche man den Volksverein, wo die Bauernbundler sich ebenso gegen die Geistlichen richteten, wie die Sozialdemokraten. Mit den Massen fängt man an, mit der Religion hott man auf. — Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf Papst, Kaiser und den Prinzregenten geschlossen.“

Zum Parteitag der Freisinnigen Volkspartei in Munberg, der vom 12. bis 14. d. M. stattfanden soll, vertheilte die „Freis. Ztg.“ die Tagesordnung und die gestellten Anträge, welche sich, abgesehen von geschäftlichen Angelegenheiten, mit der Agitation für die künftigen Wahlen und das Verhaltnis zu anderen Parteien beschäftigen. Wir kommen darauf noch zurück.

Der Gesamtvorstand der Deutsch-sozialen Reformpartei war am Sonntag in Berlin versammelt. Er setzte für den vom 9. bis 11. Oktober in Nordhausen stattfindenden Allgemeinen Parteitag die folgende Tagesordnung fest: 1. Reichstagsbericht über die Thätigkeit der Reichstagsfraktion und der Parteileitung. Berichterstatter: Reichstags-Abgeordneter Zimmermann. 2. Wahl der beiden Parteivorstandenden. 3. Berathung über die Arbeiterfrage. Berichterstatter: Herr Naab und Dr. Einbock. 4. Bericht der Landtags-Abgeordneten, des Schachmeister und der Massenprufer. 5. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Parteifrage. 6. Besprechung über die bevorstehenden Wahlen. Berichterstatter: Reichstags-Abgeordneter Liebermann v. Sonnenberg. 7. Verschiedenes, Anträge, die etwa einkommen.“

Greibitz, 1. September. Die sächsische Regierung will von der Uebersetzung des Landtags zwecks Ordnung der Hochwasserentschadigungen nichts wissen. Aber leider hat man bis zur Stunde noch nicht erfahren können, wie denn nun eigentlich die staatliche Hilfe beschaffen sein soll, welche die Regierung ohne Zustimmung des Landtages aus vorhandenen Mitteln gewahnen will. Bemerkenswerth ist, daß jetzt in verschiedenen burglichen und Arbeitervereinen die Hilfe der Soldaten während und nach dem Hochwasser als ein erheblicher Theil der Staatshilfe bezeichnet wird. Wenn derartige Ansichten etwa auch in Regierungskreisen vorhanden sind, so kann man sich ja ungefahr ausmalen, was nun noch kommen wird.

Meiningen, 31. August. (Sig. Ber.) Im ganzen Lande ist die Wahlbewegung in vollem Gange. In 11 von den 16 Wahlkreisen sind sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt worden.

Kpolda, 1. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Im Landtagswahlkreis Kpolda-Stadt wurden sämmtliche von unserer Partei aufgestellten Wahlmänner gewählt.

Die Gefangnizustande in Laufen. Die „Münchener Allgemeine Zeitung“ schreibt:

„Justizminister Dr. Freiherr v. Leonrod hatte in der vorletzten Woche seinen Urlaub zum Zweck einer Inspektion der Gefangnianstalt Laufen unterbrochen. Ueber das Ergebnis der Inspektion verlautet vorläufig noch nichts, da der Justizminister für die Veroffentlichung nur den Weg einer Erklärung im Landtag für geeignet erachtet.“

Dazu schreibt die „Münchener Post“:

„So hat er sich also doch endlich herbeigelassen, der Herr Justizminister, hochselbst einmal nachzusehen, wie die Dinge in Laufen stehen. Freilich aus den Geheimnissen des Justizministeriums müsste er ja längst wissen, was die „Münchener Post“ der erkannten und aufgedruckten Offentlichkeit erst vor einem Monat mittheilen konnte. Auch hat sich der hohe Herr Zeit gelassen, die Inspektion vorzunehmen. In 14 Tagen kann allezeit befristet werden, was Anstich erregen kann. Die Potemkin'schen Dörfer wurden in viel längerer Zeit gemacht.“

Immerhin scheint das Ergebnis der Inspektion — wie vorausgesehen! — kein sehr rosiges zu sein, denn sonst würde man sich nicht hinter die Kubere verschangen, daß der Justizminister für die Veroffentlichung nur den Weg einer Erklärung im Landtage für geeignet erachtet.“

Duellchronik. Wegen eines Bissolenducks wurden in Breslau die Rechtskandidaten Max Philippthal und Kasimir von Anrogowicz von der Ferienstrafkammer des Landgerichts zu sechs Monaten Festung, der Sekundant Oberleutnant Konrad Krummer zu drei Tagen Festung verurtheilt. Die Ursache des Duells waren nationale Streitigkeiten an dem Stammtisch eines Kaffeehauses.

Chronik der Majestatsbeleidigungs-Prozesse. Innerhalb einer Woche wurden von der Düsseldorfer Strafkammer zwei Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung ausgesprochen. Die zweite betraf einen Düsseldorfer Schachtmeister, gegen den auf drei Monate Gefängniß erkannt wurde. Bezeichnend ist, daß der eigene 13jahrige Stiefsohn des Verurtheilten den Angeber machte.

Oesterreich. Zur Verstaatlichung der Wiener Ueberschahn und zum Bau elektrischer Bahnen und allgemeiner Einführung des elektrischen Betriebes will Rueger eine Anleihe von 100 Millionen Mark aufnehmen.

Frankreich. Präsident Faure kann schon wieder ein Ministat resignieren. Aber wieder hat die sarchterliche Höllenmaschine nur getraut und niemandem verleiht. Der Ministerrath beschloß, zahlreiche von den burglichen und den militärischen Gerichten Verurtheile anläßlich der Reise des Präsidenten Faure nach Ausland zu begnadigen.

Paris, 1. September. Der frühere Deputirte Diehard, welcher in letzter Zeit Steuereintnehmer in Marseille war, soll sich nicht wegen der Panama-Angelegenheit, sondern wegen jangst verurtheilter Veruntreuungen erschossen haben.

Portugal. Arbeiter-Rundgebungen. Am letzten Sonntag fanden trotz des polizeilichen Verbotes in Lissabon, Oporto und vielen portugiesischen Provinzialstädten große Arbeitermassige Ausführungen statt, welche gegen die von der jetzigen Regierung erlassenen Verbote von Arbeitervereinen und sozialistisch-republikanischen Zeitungen dementsprechten. Die Führer erklärten, die Regierung benutze die Thaten ausländischer Anarchisten als Vorwand, um der gesamten Arbeiterbevölkerung die gesetzliche Vertretung ihrer Interessen mundiglich zu machen; dadurch aber treibe sie gerade die Arbeitermassen dem bisher in Portugal noch unbekanntem Anarchismus in die Arme. Verhaftungen wurden während der Umzüge in großer Zahl vorgenommen; doch verurtheilte die Demonstranten überall thatliche Zusammenstöße mit den Polizeimannschaften.

Petersburg, 27. August. (Sig. Bericht.) In das Moskauer Gefängniß sind ca. 60 Personen wegen politischer Vergehen aus Petersburg, Odessa, Jekaterinostaw, Wladimir, Tobol, Worschau aufgenommen worden, die zur Verbannung — meistens nach Sibirien — verurtheilt sind. Die Behandlung der Deute ist sehr

schlecht. Die Arbeiter sind auf dem Wege nach Moskau geschickt worden. Unmenslich wurden die Arbeiter von Sibirien behandelt; in der Untersuchungshaft ist man ihnen den Schmutz an den Füßen ein und bringt andere Grausamkeiten. So werden in Russland die Kämpfer für Freiheit behandelt.

Aus dem Rechenschaftsbericht des „Vereins für den Kampf um die Befreiung der arbeitenden Klasse“ in Petersburg heben wir nachfolgendes hervor:

I. Kassenbestand am 1. Dezember 1896.	
a) Zur Verfügung des Vorstandes des „Vereins“	1879,72 Rubel
b) In der Streikasse	1279,76 „
Summa 3159,48 Rubel	
II. Einnahmen in der Zeit vom 1. Dezember 1896 bis 1. April 1897.	
a) Zur Verfügung des Vorstandes	4889,54 Rubel
b) In den Streikfonds: 1. aus Ausland 558,46 Rubel, 2. vom Auslande*) 2173,85 Rubel, gleich	2782,41 „
c) Am Unterhaltungsfondes**)	1009,77 „
d) In der Arbeiterkasse***)	58,80 „
Summa 8170,52 Rubel	
III. Ausgaben in der Zeit vom 1. Dezember 1896 bis 1. April 1897.	
a) Für Literatur	1807,80 Rubel
b) Für Organisationsfähigkeit	808,85 „
c) Für Streiks	2984,00 „
d) Für Unterhaltung der Verfolgten	1480,50 „
e) Arbeiten	193,00 „
Summa 6244,15 Rubel	
IV. Kassenbestand am 1. April 1897.	
a) In Streikfonds	1928,17 Rubel
b) In Arbeiterkasse	58,80 „
c) Zur Verfügung des Vorstandes	2911,52 „
Summa 4898,49 Rubel	

Amerika.
Der Kommissar des New-Yorker Einwanderungs-Bureaus, Fichte, hat von dem Generalkommissar in Washington, Powderly, ein Schreiben des Inhalts bekommen, daß der unlängst aus Frankreich ausgewiesene spanische Anarchist Planas wahrscheinlich auf dem Wege nach den Vereinigten Staaten begriffen sei und daß ein französischer Anarchist, der vor einiger Zeit nach England überfiedelte, höchst wahrscheinlich denselben Weg eingeschlagen habe. Aus diesem Anlaß ist der New-Yorker Einwanderungsbehörde die strenge Überwachung aller aus Europa zureisenden Elemente und Zurückweisung der Anarchisten zur Pflicht gemacht worden. Des weiteren hat Powderly sämtliche amerikanischen Konsulate in Europa, insbesondere in Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien, telegraphisch angewiesen, ihre ganz besondere Aufmerksamkeit der Auswandererbewegung zuzuwenden und ihn sofort telegraphisch zu benachrichtigen, wenn ein Anarchist sich nach einem amerikanischen Bestimmungsorte einschiffe.

Derselbe Powderly war bekanntlich Vorsitzender des Ordens der Knights of Labor, der Mittler der Arbeit.

Partei-Nachrichten.

Auf der Parteikonferenz für den Wahlkreis Bochum erklärten sich die Redner gegen die Beteiligung an der Landtagswahl im Kreise Bochum. Es wurden dann zwei Resolutionen angenommen, worin die Parteikonferenz die Beteiligung an den Landtagswahlen für nichtig erklärt, trotzdem aber den Parteitag ersucht, den Kölner Beschluß anzuhängen, um den Parteigenossen die nötige Bewegungsfreiheit zu sichern; den Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen soll anheim gegeben werden, eigene Wahlmänner aufzustellen oder für die Wahlmänner der linksstehenden Parteien zu stimmen, wenn der Kandidat sich verpflichtet, für Einführung des allgemeinen direkten und geheimen Wahlrechts energisch einzutreten, und wenn er öffentlich der sozialdemokratischen Partei das Versprechen gibt, alle reaktionären Bestrebungen in Beziehung auf Vereinsgesetz und Schmelzen zu bekämpfen.

Als Reichstagskandidat für den Wahlkreis Bochum wurde einstimmig Genosse Lehmann aufgestellt, zum Vorort für die nächste Reichstagswahl Bochum bestimmt und als Delegierter für den Parteitag in Hamburg der Genosse Adams gewählt. Beschlössen wurde noch, der Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung die „Neue Welt“ beizugeben; die Veröffentlichung der Genossenschaft der preussischen Volkspartei in der genannten Zeitung soll eingestellt werden.

Die Konferenz war von weit über 20 Orten mit 41 Delegierten besetzt, während die vorjährige Konferenz nur von 15 Delegierten besucht war.

Die Parteikonferenz für den westfälischen Reichstags-Wahlkreis Minden-Lübbecke, die am Sonntag in Rehme abgehalten wurde und von 24 Delegierten aus 12 Orten besucht war, erklärte sich nach dem Referat des Genossen Hoffmann, dem Redakteur der Bielefelder „Volkswacht“, einstimmig für Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen in dem Sinne, daß 1. überall, wo es möglich ist, sozialdemokratische Wahlmänner aufgestellt werden, 2. dort, wo es nicht möglich ist, durch Kompromiß mit derjenigen linksstehenden Partei, die bestimmte vom Parteitag aufzustellende Mindestforderungen unterschreibt, Mandate zu erringen gesucht werden, 3. dort, wo es nicht möglich ist, eigene Wahlmänner aufzustellen, diejenigen Wahlmänner linksstehender Parteien unterstützen, die sich verpflichten, ihre Stimme nur demjenigen Kandidaten zu geben, der die von unserer Partei gestellten Mindestforderungen unterschreibt.

Als Delegierte für den Parteitag in Hamburg wurde Eggert aus Rehme gewählt, zum Kreis-Vertrauensmann wurde wieder Senker ernannt und zum Sitz des Reichstags-Wahlkomitees bestimmte man Minden.

Als Reichstagskandidaten sind von unserer Seite definitiv aufgestellt: für Lorange-Liebenwerda: Konr. Müller, Scharf; für Delitzsch-Bitterfeld: Ant. Weismann, Halle; für Halle u. Saalkreis: Fritz Amert, Berlin; für Zeitz-Weißenfels: Ad. Thiele, Halle; für Nordhausen: Wode, Berlin. Für die Kreise Wittenberg-Schweinitz, Merseburg-Querfurt und für die Mansfelder Kreise sind die Kandidaten noch nicht bestimmt.

Eine Parteiverammlung für den sächsischen Wahlkreis Riesa-Rohrheim, die am Sonntag in Döbeln abgehalten wurde, sprach unfer Fraktion im Reichstags-Volle Zustimmung zu ihrer Tätigkeit aus und stellte als Kandidaten für den Reichstag wieder den Genossen Gröndler aus Harta auf. Als Delegierter für den Parteitag in Hamburg wurde der Genosse Fiedewitz aus Wörlitz gewählt. Als ein Zeichen für die Opferwilligkeit der Arbeiter im Wahlkreise Riesa-Rohrheim konnte angeführt werden, daß seit Mitte Mai über 2000 M. an Streikunterstützung aufgebracht worden ist.

Den Wahlkreis Bittau i. S. wird auf dem Parteitag zu Hamburg Genosse Wenzel, Schuhmacher in Bittau, vertreten. Da ein Lokal zu öffentlicher Versammlung nicht zur Verfügung steht, mußte die Wahl durch Sammeln von Unterschriften vorgenommen werden.

Der Parteitag für das Fürstentum Neuchâtel, der am Sonntag in Gera abgehalten wurde, wählte als Kandidaten für den Reichstag einstimmig wieder den Genossen Emanuel Wurm aus und wählte als Delegierten für den Parteitag in Hamburg den Genossen Vetterlein, dem auch das Amt des Ver-

*) Aus Belgien 273 Rubel. Aus England 1947,95 Rubel.
**) Die Gelder sind für die von der Regierung verfolgten Sozialisten und ihre Angehörigen bestimmt. In einzelnen Fällen braucht man diese Gelder auch zur Unterhaltung der Streikenden.
***) Diese Gelder sind nur von Arbeitern selbst gesammelt.

trauensmanns wieder übertragen wurde. Mittelteil konnte werden, daß im vergangenen Berichtsjahre die Opferwilligkeit der Parteigenossen außerordentlich groß gewesen ist. Inzwischen sind die Ausgaben in einem Maße gewachsen, daß der Ueberschuß geringer ist als in den früheren Jahren. Versammlungen im Kreise sind — trotz des Lokalmangels — 30 abgehalten worden. Auf dem Parteitag wurde 18 Orte vertreten.

Die Landeskongress für das Großherzogtum Hessen, die am Sonntag in Wiesbaden verhandelt und von 66 Delegierten aus 62 Orten besucht war, sprach der Landtags-Fraktion einstimmig ihre Anerkennung aus und verpflichtete die Delegierten, schon jetzt die Agitation für die nächsten Landtagswahlen zu beginnen. Weiter wurde regle Agitation zur Reichstagswahl beschlossen und hinsichtlich der preussischen Landtagswahlen die Aufhebung des Kölner Beschlusses empfohlen.

Die polnische Sozialdemokratie von Galizien, Oesterreichisch-Schlesien und der Bukowina hält am 5. September in Lemberg einen Kongress ab.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Ein heiliger Beitrag zu dem Kapitel Sächsischer Polizeiwirtschaft wird uns aus Ernstthal geliefert. Der Volkverein für Höflichkeit-Ernstthal, der seinen Mitgliedern meist Vorlesungen wissenschaftlichen Charakters bietet, hatte eine Vorlesung aus Prof. Dr. Döbel's Werk „Aus Leben und Wissenschaft“ veranstaltet. Da in diesem Werk mit Dr. Martin Luther's Schrift im Bericht gegangen wird, hielt ein mit anwesender Gendarmerie-Beamter das Buch für strafbar. Er forderte einige Tage darauf nach dem Verleib der Schrift, ohne in deren Besitz zu kommen, und am nächsten Vereinsabend durfte selbstverständlich nicht wieder daraus vorgelesen werden. Es sollte nun das Rassen'sche Werk „In Nacht und Eis“ zur Vorlesung kommen. Da erhob sich derselbe Gendarmerie-Beamte und verbot die Vorlesung aus dem Grunde des berühmten Nordpolfahrers. Großes Stöhnen der Mitglieder. Als dann ein Antrag eingebracht war, gegen dieses Verbot der Polizei Beschwerde zu erheben, da verbot der Beamte die Debatte und die Abstimmung über diesen Antrag und sagte hinzu: „Denken Sie denn, ich sehe nicht hierher? Das schreie noch!“ Nach diesem Ausspruch scheint es, als wenn in der Ernstthaler Gegend die Staatsbürger wegen der Polizei da sind und nicht umgekehrt die Polizei wegen der Staatsbürger. Das Verbot der Vorlesung aus dem Rassen'schen Werk ist von der Landhauptschaft in Glauchau natürlich aufgehoben worden.

Dritte Generalversammlung des Verbandes der Gold- und Silberarbeiter Deutschlands.

Pforzheim, den 30. August 1897.
Anwesend sind 12 Delegierte; der Hauptvorstand ist vertreten durch Ball und Holler-Hamburg; der Ausschuß durch Heynemann-Berlin; die Generalkommission durch Röske. Ferner sind Vertreter der Lokalvereine der Gold- und Silberarbeiter in Bremen, Hanau und Pforzheim anwesend. Nach ausgedehnter Diskussion wird beschlossen, dieselben mit beratender Stimme zuzulassen.

Den Bericht des Vorstandes erhält Ball-Hamburg. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die durch den letzten Verbandstag 1894 angeregten Verhandlungen mit dem Metallarbeiter-Verband, durch welche der Uebertritt zu denselben herbeigeführt werden sollten, zu keinem Resultat gelangt sind. In Bremen, Pforzheim und Hanau traten insgesamt 482 Mitglieder aus und gründeten Lokalvereine. Die Zahl der Verwaltungsstellen ist von 24 auf 17 zurückgegangen, die Mitgliederzahl von 1400 ist die gleiche geblieben. Streiks und Maßregelungen, an welchen Verbandmitglieder beteiligt waren, kamen vor in Nürnberg, Düsseldorf, Braunschweig, Oßlich, Berlin und Pforzheim.

Holler giebt den Kassenbericht. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse betrug 19288,70 M.; für Abonnements des „Goldarbeiter“ wurden 1899,76 M. vereinnahmt. Ausgegeben wurden für Streiks und Maßregelungen 3207 M., an andere Organisationen 800 M., für Reise-Unterstützung 1861,73 M. Der „Goldarbeiter“ kostete 9616,48 M., die „Gleichheit“, das Organ der Arbeiterinnen, 299,53 M. Der gegenwärtige Vermögensbestand beträgt 4095,89 M. Eingetreten sind in der Berichtsperiode 2226 Mitglieder, ausgetreten 2226. Heynemann-Berlin bemängelt im Bericht des Ausschusses das Verhalten des Vorstandes, welcher nicht in der nötigen Weise seine Aufgaben erfüllt habe. Entgegen dem Verfahren des Ausschusses veröffentlichte der Vorstand nie das Protokoll seiner Sitzungen, auch seien zwei Protokolle des Ausschusses wegen angeblichen Verlustes nicht im Verbandsorgan publiziert worden. Nur durch die Nachlässigkeit und Unvorsichtigkeit des Vorstehenden könnten so viele Briefe, Protokolle u. s. w. verloren gehen, so daß viele Angelegenheiten erst nach Monaten ihre Erledigung finden. Hier sei unter allen Umständen Remedur zu schaffen, zumal alle Bemühungen des Ausschusses, die Organisation zu kräftigen und auszubauen, an der Haltung des Vorstandes gescheitert seien. Aus allen diesen Gründen sei zu empfehlen, thätigere und befähigte Kollegen an die Spitze der Organisation zu stellen. Dillmer-Hanau erklärt, daß hauptsächlich das Verhalten des Hauptvorstandes zur Gründung des Lokalvereins beigetragen habe. Die weiteren Diskussionsredner erheben gleichfalls Beschwerden über den Vorstand. Holler erklärt die verspäteten Abrechnungen des Hauptkassiers mit der Nachlässigkeit der Kassabekannteten, welche häufig die Abrechnungen erst nach drei Monaten einleiten. Ball weist die gegen seine Person erhobenen Bemerkungen in längeren Ausführungen zurück. Die Debatte hierüber beschäftigt die ganze Nachmittagssitzung. Zum Schluß erklärt Ball, daß Hamburg es ablehnt, wiederum zum Sitz des Vorstandes bestimmt zu werden.

Pforzheim, den 31. August 1897.

Dem Kassierer wird auf Antrag der Revisionskommission Decharge erteilt.

Die Begründung zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Anschluß an den Metallarbeiterverband“ giebt Kempf-Stuttgart in eingehender Weise. Nach ihm sprach noch Röske von der Generalkommission und Veder-Görlitz dafür, alle anderen Redner aber gegen den Anschluß. Derselbe wird alsdann mit 10 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Heynemann-Berlin erstattet den Bericht der Agitationskommission; die Einnahmen derselben betragen nach dem Bericht von Bräuner-Berlin 917,50 M. Für die verschiedenen Agitationskonven wurden 906,84 M. verausgabt; der Bestand beträgt 12,16 M.

Vom Kollegen G. Faber-Berlin ist ein Schreiben eingelaufen, in welchem gefordert wird, seine Differenzen mit der Agitationskommission zu prüfen. Zur Erledigung dieser Angelegenheit wird eine Kommission gewählt, bestehend aus Kempf-Stuttgart, Grill-Nürnberg und Froebe-Main.

In der Diskussion über die Agitation spricht Ball für die Errichtung von Agitationskomitees für die einzelnen Provinzen, wodurch intensiver und billiger gewirkt werden könne. Die Agitationskommission für ganz Deutschland habe sich nicht bewährt.

Kempf-Stuttgart hält es für nötig, in Zukunft eine besonders energische Agitation in Pforzheim zu betreiben. Von den 12—14 000 Kollegen in und um Pforzheim sind etwa 200 organisiert. Infolge der gewaltigen Konzentration der Industrie in Pforzheim, die mit Hilfe verbesserter technischer Einrichtungen, verbunden mit niedrigen Löhnen, allen sonst in Deutschland beschäftigten Kollegen eine gewaltige Konkurrenz bereiten, müsse nachdrücklich dahin gewirkt werden, daselbst bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Es sei möglichst ein befähigter, mit den einschlägigen Verhältnissen vertrauter Kollege auf längere Zeit nach Pforzheim zu senden, um für die Organisation zu wirken.

Nachmittags-Sitzung. Mattfeld führt als Vertreter der Lokalorganisation Bremen die Wünsche an, welche an den event. Uebertritt zum Zentralverbande geknüpft sind: 1. Korrekte Führung

des Arbeitsnachweises, 2. Abkehrung der Arbeitslosen-Unterstützung, 3. Herabsetzung der Verbandsbeiträge auf 15 Pf. pro Woche. Der Lokalverein zählt 210 Mitglieder. Grill-Nürnberg und Ball-Pforzheim schildern die Verhältnisse der durch sie vertretenen Lokalvereine, wobei sie in Aussicht stellen, daß in absehbarer Zeit der Uebertritt in den Zentralverband erfolgen werde. Der Lokalverein Pforzheim hat 150 zahlende Mitglieder. Grill-Nürnberg wünscht, um eine Verknüpfung zu ermöglichen, Staffelleistungen einzuführen; dem tritt Ball entgegen, indem er, lieber solle man auf die Lokalorganisation verzichten. Sämtliche 3 Vertreter der Lokalorganisation erklären zum Schluß für den Anschluß wirken zu wollen. Beschlüssen wird, Agitationskomitees für die einzelnen Landesteile einzusetzen; die Ausführung wird dem Vorstand und dem Ausschuß übertragen. Ueber Punkt 4, Arbeitslosen-Unterstützung, referiert Froebe-Main und empfiehlt die Einführung derselben. Nach sehr ausgedehnter Diskussion, in welcher das für und wider lebhaft erörtert wurde, fand ein Antrag, die Arbeitslosen-Unterstützung einzuführen, einstimmige Annahme; der Vorstand wird beauftragt, Material zu sammeln und unter Berücksichtigung des gewonnenen Materials in spätestens einem Jahre eine Neabstimmung vorzunehmen. Es erfolgt nunmehr die Statutenberatung. § 8 erhält den Zusatz: Während der dreimonatlichen Reiseferien darf die Unterstüfung den Betrag von 50 M. nicht übersteigen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die Bibliothek des Verbandes der Textilarbeiter Zentrale befindet sich bei Kohl, Fruchtstr. 45, Sonntags 10—12 Uhr.

Achtung, hienrussische Branche! Nach dem Versammlungsbeschlusse vom 17. August 1897 tritt der Fachverein aller in der hienrussischen Branche beschäftigten Vertriebsgenossen mit dem heutigen Tage zum Deutschen Metallarbeiter-Verband über. Das Umschreiben der Bücher geschieht jeden Abend von 7—9 Uhr im Lokal von Boigt, An der Stadtbahn 51 (Spandauer Straße). Die Werkstellenassistenten werden ersucht, dies sofort zu erledigen. Die Liquidationskommission. J. W. Adolf Heller.

Deutsches Reich.

Gehelmbundprojekte in Oberschlesien. In dieser Sache erhalten wir folgende Zuschrift: Bezüglich der in Nr. 201 des „Vorwärts“ unter obiger Epigraphik enthaltenen Zuschrift aus Oberschlesien, entnommen der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, bitte ich im Interesse der angelegten ober-schlesischen Arbeiter im Aufnahmefolge der Nichttätigkeit. Seit dem Jahre 1894, nachdem die Zahlstelle Fabrike des „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes“ polizeilich aufgelöst war, hat dieser in Oberschlesien keine Mitglieder, auch keine einzelnen, bei dem Hauptvorstand angemeldet, mehr. In Oberschlesien giebt es nur Abonnenten der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“, denen der Verlag Nachschuß gewährt, ohne aber damit die betreffenden in irgend eine Verbindung zu bringen mit dem oben genannten Verband. Unterzeichnet ist um die in Rede stehende Affäre schon wiederholt gerichtlich vernommen worden und hat als Verleger der „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ nicht anderes bekunden können, als wie es oben geschildert wurde. Wie nun der „Gehelmbundprojekte“ entstehen kann, ist mir und dem Vorstand des „D. B. u. H. A.“ durchaus unverständlich. Es müßte denn die ober-schlesische Polizei das Verbot der „Bergarbeiter-Zeitung“ als eine verbotene, zur „Gehelmbundprojekte“ gebrachte Thätigkeit ansehen. Unmöglich ist eine solche Auffassung bei den Behörden der Sicherheit in Oberschlesien gerade nicht. Das Auftreten der dortigen Behörden, die in unglücklicher Weise aber auch jede gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter bisher unmöglich gemacht haben, hat uns allerdings schon an dieses gewöhnt. Bei der völligen Zurückgebliebenheit der ober-schlesischen Arbeiter in polizeilichen und gerichtlichen Dingen ist es nicht ausgeschlossen, daß einzelne Abonnenten der „Bergarbeiter-Zeitung“ in der That meinen, sie seien Mitglieder des Verbandes und sich in diesem Sinne bei ihrer polizeilichen oder gerichtlichen Vernehmung äußerten. Denunzianten werden bei der Beschichte auch eine Rolle spielen. Unbestrittene Thatsache aber ist, daß absolut kein organisatorisches Verhältnis der ober-schlesischen Berg- und Hüttenarbeiter zu unserem Verbande seit 1894 bestanden hat und der Vorstand desselben bei allen passenden Gelegenheiten darüber auch durchaus keine Zweifel walten ließ. Hof. Brangenberg, Geschäftsführer des „Verbandes der Berg- und Hüttenarbeiter“ Bochum.

Ergebnisse der Urabstimmung im Verbands der deutschen Buchdrucker. Gau Erzgebirge-Bogland. Frage 1: 275 Ja, 77 Nein. Frage 2: 278 Ja, 74 Nein. — Gau Dresden: Frage 1: 634 Ja, 298 Nein. Frage 2: 612 Ja, 260 Nein. — Gau Bayern: Frage 1: 1280 Ja, 428 Nein. Frage 2: 1219 Ja, 487 Nein. — Gau Frankfurt-Oberhessen: Frage 1: 496 Ja, 184 Nein. Frage 2: 496 Ja, 184 Nein. — Gau Hannover: Frage 1: 852 Ja, 138 Nein. Frage 2: 826 Ja, 150 Nein. — Gau Oberrhein: Frage 1: 895 Ja, 50 Nein. Frage 2: 899 Ja, 48 Nein. — Gau Ostpreußen: Frage 1: 254 Ja, 51 Nein. Frage 2: 246 Ja, 89 Nein. — Gau Schlieswig-Holstein: Frage 1: 255 Ja, 80 Nein. Frage 2: 251 Ja, 87 Nein. — Gau Westpreußen: Frage 1: 95 Ja, 22 Nein. Frage 2: 94 Ja, 25 Nein. — Gau Württemberg: Frage 1: 766 Ja, 551 Nein. Frage 2: 750 Ja, 507 Nein. — Gau Rheinland-Westfalen. (Endgiltige Resultat.) Frage 1: 809 Ja, 245 Nein. Frage 2: 781 Ja, 278 Nein.

Aus Leipzig wird uns über den Maurerstreik geschrieben: Wie erst jetzt bekannt geworden und festgestellt ist, fand am Abend des vergangenen Donnerstag in Mödern bei Leipzig von einem Gendarmen und einem Nachwächter vier zu den neuen Bedingungen arbeitende Maurer verhaftet und gefesselt nach dem Ortsgelängnis gebracht worden. Anderen Tags früh hat man sie, wiederum gefesselt, mit der Straßenbahn nach Leipzig transportiert. Die Verhaftung soll nach Angabe des Gendarmen erfolgt sein, weil die Maurer angeblich wissen, wer einen Streikbrecher geschlagen haben soll. Die Maurer befinden sich jetzt noch in Haft.

Ausland.

Der Wiener Fellenhauerstreik ist allgemein geworden; es stehen 180 Gehilfen aus.

In Budapest ist es in den letzten Tagen zu wiederholten Zusammenstößen zwischen Polizei und Streikenden gekommen. Der Stadthauptmann tritt einige der Streikleiter zu sich und kündigte ihnen an, daß er sie für alle Vorkommnisse verantwortlich machen werde. Diese antworteten ihm prompt, daß an den Schuldgezeiten die Polizei, vor allem die als Maurer verkleideten Geheimpolitisten schuld seien. 4000 Streikende sind bereits nach der Provinz abgereist. Wie der „Frankf. Ztg.“ gemeldet wird, hofft man, daß der Streik Ende dieser Woche beendet sein wird.

Zum Kampf der englischen Maschinenbauer. Die Gewerkschaft der Pfalterer beschloß, ihren Mitgliedern zu gunsten der Streikenden einen wöchentlichen Ertragsbeitrag von 3 Pence aufzuerlegen, was pro Woche 2000 M. ausmacht. In Leeds soll große Erregung unter den ausgesperrten Maschinenbauern herrschen, weil eine große Firma deutsche Monteur und Maschinenbauer engagiert habe, die demnach die Arbeit aufnehmen würden. — Wie bezweifeln sehr, daß es gelingen sein sollte, eine genügende Zahl fähiger deutscher Arbeiter zu finden, die sich als Streikbrecher gebrauchen lassen. Eine andere Meldung geht dahin, daß eine der leitenden Firmen in Leeds beabsichtigt, in Deutschland Werke zu errichten und drei Viertel ihrer Geschäftstätigkeit dorthin, das übrige Viertel aber nach Ausland zu verlegen.

Vom amerikanischen Arbeiterkongress wird der „Frankf. Ztg.“ aus New-York gemeldet: Der allgemeine Arbeiterkongress in St. Louis droht einen Generalstreik an, sofern der Kohlenarbeiterstreik nicht bis zum 20. d. M. beendet sein wird. Das Beschlus-Komitee erwägt die radikalen Schlusstränge bezüglich des gegenwärtigen Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit.

Unternehmer-Verbände.

Betriebsbeschränkung in der Baumwoll-Weberei. Am Montag wurde in Augsburg eine Versammlung der Webermitglieder des Vereins Süddeutscher Baumwoll-Industrieller abgehalten, um über den vom Elässischen Syndikat in München gemachten Vorschlag einer allgemeinen Betriebsbeschränkung zu beraten. Der anwesende Vorsitzende des Elässischen Syndikats teilte mit, daß sowohl die Mehrzahl der elässischen Weber, wie auch die Vereine der Weber von Rheinland und Westfalen, sowie der Verein der sächsischen Weber sich in der Hauptsache für eine allgemeine Einschränkung erklärt haben. Bei der sehr eingehenden Besprechung wurde festgestellt, daß bereits eine 10 bis 15 pCt. betragende Einschränkung eingetreten ist. Die Versammlung, in der über die Hälfte der dem Verein angehörenden etwa 37 000 Webstühle vertreten waren, erklärte einstimmig ihre Bereitwilligkeit, eine weitere Einschränkung einzutreten zu lassen. Der Vereinsvorstand wurde beauftragt, mit den anderen Vereinigungen im Elsaß, Sachsen, Rheinland-Westfalen und Schlesien in weitere Verhandlungen einzutreten, um eine allgemeine Einschränkung der Erzeugung herbeizuführen. Zu weiterer Beschlußfassung soll Anfang Oktober eine Zusammenkunft aller deutschen Weber in Stuttgart stattfinden.

Soziales.

Zu unserem Bericht über den internationalen Arbeiterkongress in Zürich schreibt uns Herr Chr. Tischendörfer: Im „Vorwärts“ vom 28. August steht, daß die Nationalsozialisten zusammen mit den Katholiken gegen die Resolution der Sektion, also gegen den unbedingten Achtstundentag gestimmt hätten. Das ist nicht richtig. Ich habe wohl in der Sektion den Antrag gestellt, darauf hinzuwirken, daß der Achtstundentag „zunächst für anstrengende Berufsarten“ eingeführt werde, aber dann, nachdem dieser Antrag gescheitert, für den ganzen Sektionsantrag mit der Majorität gestimmt, auch gegen den Antrag Kulemann und Oberdörfer.

Der Fabrikinspektor Vacusch in Mainz hält heute dort einen öffentlichen Vortrag über das Thema: „Wie ist der Arbeiterschutz entstanden? Worin besteht der Arbeiterschutz? Wie wird der Arbeiterschutz staatlich durchgeführt?“ Nach dem Vortrag ist freie Diskussion. Das Gewerkschaftssekretariat forderte die Arbeiter zu zahlreichem Besuche der Versammlung auf.

Aus Belgien gehen, nach Angabe der Regierung, jeden Sommer rund 49 000 Landarbeiter nach Frankreich. Die Auswanderung beginnt im Februar, im November kehren die letzten nach Belgien zurück.

Gerichts-Beitrag.

Ein wunderlicher Lehrer. Einem tiefgebenden Zwiespalt mit dem Lehrer ihrer Tochter hatte die Vorkosthändlerin Louise Grenz aus Halensee eine Anklage wegen Übertretung der Vorschriften betreffend die äußere Heilhaltung der Sonn- und Festtage zu verhandeln. Die Angeklagte lebt seit längerer Zeit mit dem Gemeindeführer Kraus auf feindlichem Fuße. Der Lehrer hat einmal die Tochter der Angeklagten dermaßen geschlagen, daß nach der Behauptung derselben das Kind sechs Wochen lang das Bett hüten mußte. Die Mutter hat darauf die Ausschulung ihres Kindes beantragt, dieses aber inzwischen eigenmächtig von der Schule zurückgehalten, wofür sie eine Schulstrafe nach der anderen, in Summa 20 M. zahlen mußte. Ferner ist die Frau auf Antrag des Lehrers wegen Hausfriedensbruchs und Verleumdung zu 30 M. Geldstrafe verurteilt worden. Dagegen hat die Angeklagte den Lehrer wegen Meineids angezeigt, den derselbe in der Sache bezüglich des Hausfriedensbruchs geleistet haben soll. Es ist in dieserhalb ein Ermittlungsverfahren gegen den Lehrer eingeleitet worden, der nun wiederum die Frau wegen Sonntags-Entheiligung angezeigt hat. Derselbe beschwor gestern vor der zweiten Ferienkammer am Landgericht II, daß er gesehen, wie Frau Grenz am Sonntag den 25. April d. J. vor Ablauf der Kirchenstunden des Vormittags eine Flasche Bier über die Straße verkauft habe. Die Angeklagte behauptete, daß dieser Verkauf erst um 1/12 Uhr stattgefunden habe und um diese Zeit sei der Verkauf freigegeben. Der Lehrer habe bis 11 Uhr in der Kirche zu thun gehabt, 10 Minuten nach 11 sei derselbe aus der Kirche gekommen und habe sich an ihren Saun gestellt, um auf sie aufzupassen. Zehn Minuten habe der Lehrer bereits dort gestanden, bis ein Arbeiter gekommen sei, der eine Flasche Bier verlangte. Sie habe demselben bedeutet, es fehlten noch zehn Minuten an der erlaubten Zeit und draußen sehe der Lehrer und passe auf. Der Kunde habe gewartet und die fehlenden zehn Minuten mit ihr verplaudert. Erst als die Glocke 1/12 geschlagen, habe sie das Bier verkauft. Der Käufer befandete auch, daß es seiner Meinung nach bereits 1/12 gewesen sein müsse. Da aber der Lehrer mit voller Bestimmtheit beschwor, es hätten noch einige Minuten an 11 Uhr gefehlt, so fiel dessen Zeugnis schwerer in die Waagschale und die Verurteilung sah sich veranlaßt, ebenso wie die erste Instanz auf drei Mark Geldstrafe zu erkennen.

Einem hartnäckigen Kampf um das Recht führt der frühere Bureau-Vorsteher Timm in Charlottenburg, dessen vor kurzem erfolgte Wagnabigung Aufsehen erregt hat. Timm war auf des Zeugnis einer Frau Galepp wegen Unterschlagung dreier Veräußerungs-Urtheile vom Schöffengericht Charlottenburg zu 6 Monaten Gefängnis und 1 Jahr Ehrverlust verurteilt worden. Die Zeugin hatte damals unter ihrem Eide befundet, daß Timm ihr die Forderungen zum Eigentum für das Falllassen einer Gegenforderung übertragen habe; die drei Veräußerungsurtheile habe sie ihm übergeben, weil er ihr erklärte, es sei ihm doch zu interessant, Veräußerungsurtheile zu lesen. Der Angeklagte scheidet die Glaubwürdigkeit der Zeugin an und machte unter anderem geltend, daß sie mit dem Rittmeister Schiemann im Konkubinatsverhältnis gelebt habe. Die Zeugin verneinte das unter ihrem Eide. Die von dem Angeklagten eingelegte Berufung wurde verworfen, daßselbe Schiedal hatte das Rechtsmittel der Revision. Nachdem das Urteil Rechtskraft erlangt hatte, brachte Timm ein Wiederaufnahme-Gesuch ein, in welchem Beweis dafür angetreten wurde, daß die Frau Galepp über 20 Jahre mit dem genannten Rittmeister im Konkubinatsverhältnis gelebt habe und daß dieserhalb ihre Ehe und diejenige des Schiemann geschieden worden sei; daß sie ferner viele Jahre unter sittenpolizeilicher Kontrolle gestanden und daß sie niemals Vermögen besaßen habe. Vom Landgericht II und Kammergericht wurden Wiederaufnahme-Antrag und Beschwerde des Angeklagten zurückgewiesen, weil mit dem Beweis-Antrage ein Meineid der Zeugin nachgewiesen werden solle und deshalb eine Beweiserhebung der Zeugin wegen Meineids vorhergehen müßte. Timm erstattete darauf gegen die Galepp Strafanzeige wegen Meineids; diese Anzeige führte zu Ermittlungen, welche so viel belastendes Material ergaben, daß die Verhaftung der Galepp beschlossen wurde. Sie entzog sich jedoch derselben durch Selbstmord. Trotzdem wurden die von dem Verurteilten eingereichten drei neuen Wiederaufnahme-Anträge resp. Beschwerden von den Gerichten mit der eigenthümlichen Begründung zurückgewiesen, daß der Meineid nur bezüglich des Konkubinats erwiesen wäre und daß der Zeugin, selbst wenn dieser Meineid dem Gericht bekannt gewesen wäre, dennoch geglaubt werden wäre, sodas also dieser Beweis für die Entscheidung unerblich sei. Nach zwei fernere neue Wiederaufnahme-Anträge, in denen Ausstellungen der Selbstmörderin unter Beweis gestellt wurden, aus denen sich die Unwahrheit der übrigen von ihr beschworenen Bekundungen ergab, wurden von den Gerichten zurückgewiesen. Trotzdem nun Timm auf ein von seiner Ehefrau eingereichtes Gnabengesuch und nach Prüfung der Akten durch den Justizminister der Rest seiner Strafe, von der er bereits 4 Monate in Hülensee verbüßt hatte, erlassen worden ist, setzte er dennoch den Kampf um sein Recht fort und erhob gegen den letzten Beschluß des

Landgerichts II Beschwerde beim Kammergericht. Letzteres hat nunmehr auch die Wiederaufnahme für zulässig erklärt und die Vernehmung der in dem Schriftsaze vorgeschlagenen Zeugen durch das Kammergericht II angeordnet.

Das Telefon hat es verschuldet, daß der Koch Hans Julius Finger kurze Zeit unschuldig in Untersuchungshaft hat zubringen müssen. Er stand gestern unter der Anklage, dem Schlächtermeister Liedges in Charlottenburg 2007 M. unterschlagen zu haben, vor der I. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte hatte die Defonomie im Offiziers-Kasino des Gardefüsilier-Regiments und rechnete mit der Kasino-Kommission monatlich ab. Da er von Gläubigern bedrängt wurde, trat er seine Rechte an die Kasino-Verwaltung an den Schlächtermeister Liedges ab, der ihm Fleisch lieferte. Es wurde eine Art Schein-Bestellung zu Stande gebracht, wonach Herr L. das dem Angeklagten zustehende Geld allmonatlich in Empfang nahm, seine Forderung für geliefertes Fleisch beglich und den Rest dem Angeklagten ablieferte. Am 1. Juli hatte L. eine Forderung von 2007 M. Er konnte an diesem Termin nicht ausgeben und schickte deshalb einen Lehrling mit der Monatsquittung zu dem Angeklagten, der darauf hin das Geld von der Kasino-Verwaltung abheben sollte. Der Angeklagte, der in zwischen Schmiedel's Fessale in der Alten Jakobstraße gemietet hatte, hatte vorher ein telephonisches Gespräch mit Liedges gehabt und ihm darin mitgeteilt, daß er für das neue Unternehmen noch Geld gebrauche und das einlosierte Geld solange behalten möchte, bis er das ihm von einer Branerei fest in Aussicht gestellte Betriebskapital erhalten haben würde. Er versicherte, daß er die telephonische Antwort des Herrn L. dahin verstanden habe, daß dieser mit dem Plane vollständig einverstanden sei. Herr L. war aber sehr überrascht, als ihm der Lehrling an stelle des Geldes oder der Quittung einen Brief überbrachte, in welchem ihm der Angeklagte seinen Dank für seine Freundschaft aussprach. Herr L. eilte am nächsten Tage zu Herrn Burdardt, dem Besitzer des Central-Theaters und der Schmiedel'schen Fessale, dieser wurde ängstlich, der Vertrag mit dem Angeklagten ging zurück und er mußte sein schon in das neue Lokal gebrachtes Mobiliar wieder wegnehmen. Als Herr L. erfuhr, daß das Mobiliar zu einem Möbelpacker gebracht sei, eilte er dorthin. Der Besitzer des letzteren weigerte sich, den Aufenthaltsort des Angeklagten zu sagen und da Herr L. nun annahm, daß der Angeklagte vielleicht nach Amerika abgedampft sein könnte, machte er die Strafanzeige. — Die gestrige Verhandlung führte zu einer Freisprechung des Angeklagten. Es stellte sich heraus, daß dieser die telephonische Unterhaltung thatsächlich mitverhandelt und das Einverständnis des Herrn L. mit der Zurückbehaltung des Geldes daraus haben entnehmen können. Es bedurfte deshalb nicht der Vernehmung der vom Rechtsanwalt Dr. Holz vorgeladenen Entlastungszeugen, vielmehr erfolgte ohne weiteres die Freisprechung.

Zu bejammernswerther Verfassung wurde gestern der frühere Bürgermeister Emil Gustav Engel unter der Anklage der Unterschlagung aus der Exekution des Untersuchungsgefängnisses der I. Ferienkammer am Landgericht I vorgeführt. Am 19. Juli lief bei der Staatsanwaltschaft eine Selbstbestätigung des Angeklagten ein, die etwa wie folgt lautete: „Mittellos, ohne Vermögen, lahm, siech, nervenleidend, mit einem Schreibkrampf befallen — so kam ich vor einiger Zeit nach Berlin, um hier durch Errichtung eines Rechtsbureaus mich zu erholen. Ich bin aus Nimmer und Sorgen nicht herausgekommen, habe Tag für Tag gedankt und jumeist Hunger gelitten. Ich habe mich aus Noth dazu verleiten lassen, die Kautionen dreier von mir als Schreiber angestellten jungen Leute für die Zwecke des Rechtsbureaus zu verwenden. Leider ist das Geld der jungen Leute verloren. Ich zeige mich selbst an, um mir die Möglichkeit zu nehmen, weiter zu sündigen. Ich melde ferner geborfamst, daß ich nach Brandenburg fehre, um mir eine Schlafstelle zu suchen und werde anzeigen, wenn ich eine solche gefunden. Fluchtverdacht liegt nicht vor. Selbstmord ist ausgeschlossen, weil ich auf streng religiösem Standpunkte stehe. Die Verhaftung würde nur eine Wohlthat sein.“ Auf grund dieser Selbstanzeige wurde der Angeklagte am 25. Juli in Haft genommen und der Inhalt der Selbstanzeige fand durch die gestrige Verhandlung seine volle Bestätigung: der Angeklagte ist offenbar im höchsten Maße krank und siech und sowohl seelisch, wie körperlich arg herabgekommen. Er ist, wie er auf Befragen bekundete, verheiratet und Vater dreier unmündiger Kinder, war früher Bürgermeister in Rogowo, Kreis Bromberg, ist aber vom Amte suspendirt worden, weil nach seiner Behauptung infolge seiner Krankheit Unregelmäßigkeiten im Amte vorgekommen waren. Er wandte sich dann nach Berlin, um sich hier als Rechtskonsulent durchzuschlagen. Da er mit seiner verkrüppelten Hand nicht selbst schreiben kann, mußte er einen Schreiber annehmen. Die Noth pochte vernehmlich an seine Thür und so stellte er noch einen zweiten und dritten jungen Mann, die im Stande waren, Kautionen zu stellen, an, und verwandte deren Eigentum zu seinen Sonderzwecken. Er hatte gehofft, durch eine ihm in Aussicht gestellte größere Summe diese Kautionen in Höhe von 180 M. wieder zurückzahlen zu können, die Hoffnung war aber eine trügerische und deshalb stellte er sich selbst der Staatsanwaltschaft. — Der Gerichtshof erlab aus den Verträgen, die der Angeklagte mit den 3 jungen Leuten abgeschlossen, daß darin von der „Verzinsung“ der hingegebenen Gelder die Rede war. Danach mußte der Geschäftspunkt der Unterschlagung fallen, der Gerichtshof meinte aber, daß sich der Angeklagte bei dem Engagement des zweiten und dritten Schreibers mindestens des Betruges schuldig gemacht habe und verurtheilte ihn zu zwei Monaten Gefängnis. Ein Monat wurde für verbüßt erachtet.

Als eine ungläubliche Schweinerei bezeichnete der Vorsitzende der 139. Abteilung des Schöffengerichts die Handlungsweise, welche dem Schlosser Johann Biergug und dem Müller Friedrich König zur Last gelegt wurde. In der Nacht zum 19. Juli besaßen sich die beiden Angeklagten nach einer Bierreise auf dem Heimwege. Sie gingen an einer im Keller befindlichen Bäckerei vorbei. Das nach der Straße zu gelegene Fenster war geöffnet und das Auge der Vorübergehenden fiel auf eine Platte voll frischgebackener Brötchen, welche zum Abkühlen vor das Fenster gestellt war. Die Angeklagten verdarben das Gebäck. Die hinausstehenden Bäckergesellen ergriffen die Uebelthäter und brachten sie zur Wache. Es soll dies nicht auf die sanfteste Art geschehen sein. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß den Angeklagten eine exemplarische Strafe gebühre, sie wurden zu einer Gefängnisstrafe von je 14 Tagen verurtheilt.

Versammlungen.

Eine Konferenz für die Provinz Brandenburg des Vereins graphischer Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands fand am Sonntag, den 29. d. M., bei Reumann, Brunnenstr. 150, statt. Vertreten war Berlin durch 2, Brandenburg durch 2 Delegirte, die Chemigraphen Berlins durch 1, Frankfurt a. O. durch 1, Nixdorf durch 2, Steirn durch 2, der Vorstand des Vereins durch 2 Delegirte. New-Nippin hatte von der Befragung abgesehen und sprach sich brieflich gegen jede Sonderbestrebung der Lithographen aus und für Beitrags-erhöhung von 20 auf 40 Pf. mit Arbeitslosen-Unterstützung. Sch 4 pte referirte über die Lohnbewegung vor 1896; nach langer Diskussion wurde anerkannt, daß trotz der angeführten Fehler vieles erreicht wurde, selbst in Berlin seien nach der Statistik mehr Vortheile als Nachtheile zu verzeichnen und im übrigen Deutschland sei der Erfolg zufriedenstellend.

Ueber die Sonderbestrebungen der Lithographen referirte der Lithograph Schrader-Nixdorf; nach eingehender Diskussion verwarf die Konferenz jede Sonderbestrebung und empfahl eifrige Agitation für den Verein, in größeren Städten können Lithographen-Filialen zugelassen werden.

Horisch-Brandenburg sprach über Beitrags-erhöhung mit Arbeitslosen-Unterstützung; selbiger zeigt, wie die Organisationen mit Arbeitslosen-Unterstützung nicht den Kampfcharakter verlieren, sondern noch kampffähiger werden; nach eingehender Diskussion

stimmen außer einem Delegirten sämmtliche für eine Beitrags-erhöhung mit Arbeitslosen-Unterstützung. Der Beitrag soll von 20 auf 40 Pf. pro Woche erhöht werden.

Braun-Brandenburg sprach über Agitation, welche letztere in unserem Verein zu wenig gepflegt wird; dem Vorstand wurde das weitere übertragen.

Nachdem noch einige Punkte unter Verschiedenem erledigt wurde, die Konferenz mit einem Hoch auf die Organisation geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der Vergolder und Vergolderinnen beschäftigte sich am 30. August mit der am 4. August wegen ungenügender Lieferung von Material erfolgten Arbeits-einstellung der Vergolderinnen der Firma Ad. Wertmeister. Schnorr erstattete Bericht über die gegenwärtige Situation. Derselbe Bericht zufolge hat Herr Wertmeister durch seinen Werkführer in einer am 23. August stattgefundenen Kommissionsberatung erklärt, daß er geneigt sei, den Arbeiterinnen das geforderte Quantum Material zu geben. Bei Wiederaufnahme der Arbeit am 24. August machten jedoch die Arbeiterinnen die Entdeckung, daß mit dem Material, welches sie zur Verarbeitung erhielten, die geforderte Arbeit nicht herzustellen ist. Trotzdem der Vertreter des Herrn Wertmeister den Arbeiterinnen in der Kommissionsberatung gutes Material, von welchem er einige Proben bei sich führte, zur Verarbeitung versprochen, hielt es derselbe dennoch für geboten, den Arbeiterinnen minderwertiges Material zu geben. Zu diesem Verhalten des Herrn Wertmeister habe nun die Versammlung Stellung zu nehmen. In der hierauf folgenden lebhaften Diskussion wurde die Handlungsweise des Fabrikanten einer scharfen Kritik unterzogen und als ein Akt echt kapitalistischer Willkür bezeichnet. Während andere Unternehmer bewilligte Forderungen Monate und Jahre lang festhalten, halte es der größte der Goldleisten-Fabrikanten Berlins für gerathen, innerhalb weniger Stunden sein Wort zu ziehen. Die einzig richtige Antwort auf eine solche Handlungsweise sei eine Arbeitsniederlegung der sämmtlichen dort beschäftigten Arbeiter. Zur anberaht der nicht besonders guten Geschäfts-situation im Vergoldergewerbe und mit einem Hinweis auf die Kündigung des deutsch-englischen Handelsvertrages, von welchem gerade die deutsche Goldleistenfabrikation hart betroffen werde, nahm die Versammlung von einer allgemeinen Arbeitseinstellung Abstand, dagegen fand eine Resolution, in welcher für eine besondere Leistungs-erhöhung 5 Schlag Metall verlangt werden, einstimmige Annahme und legen die Vergolderinnen bei Nichtbewilligung dieser Forderung die Arbeit nieder. In der Diskussion wurde über Löhne von 8-14 Mark bei den Vergoldern bei 14tägiger Arbeitszeit gellagt, ferner glaubt man beschließen zu müssen, daß bei der Rückkehr des Fabrikanten, welcher sich gegenwärtig in England auf einer Geschäftsreise befindet, weitere Lohnreduktionen bevorzuziehen, wie dies öfter zu geschehen pflegt unter dem Vorwande, er zahle zu hohe Preise. Unter Verschiedenem wurde eine Lohnreduktion, von welcher die Vererber der Goldleisten-Fabrik von O. Scholz, Voltunstraße, betroffen werden, besprochen und mit Untersuchung dieser Angelegenheit die Agitationskommission betraut.

Deyessen und letzte Nachrichten.

Ein Mord und Selbstmord hat sich am gestrigen Abend in der Robiansstraße zugetragen. In einem Hause derselben wohnte seit etwa zwei Monaten die Wittwe Kohde mit ihren beiden Töchtern. Die jüngere, die 21jährige Amalie, hatte schon seit Jahresfrist ein Verhältnis mit dem 23jährigen Arbeiter Hermann Bebel, derselbe galt als ein höchst brutaler Mensch. Seit einem Jahre verkehrte L. mit Amalie R. und das Verhältnis war nicht ohne Folgen geblieben. Gestern Nachmittag 4 Uhr kam der L. in einer Drochse vorgefahren, um die allein befindliche Amalie zu besuchen. Lange Zeit war es, wie die Nachbarn erzählten, ganz still in der Wohnung, plötzlich rief die A. ganz laut: „Du bist ein Hund in meinen Augen“, worauf L. laut lachte. Als die ältere Schwester gegen 8 Uhr abends von einem Ausgange zurückkehrte, fand sie die Nordostthür verschlossen und, da ihr auf wiederholtes Klopfen nicht geantwortet wurde, ließ sie einen Schlosser holen, der die Thür gewaltsam öffnete. Hier fand man die A. todt mit durchschnitener Kehle auf dem Sopha liegend, während der Mörder, das blutige Messer in der Hand, sich auf gleiche Weise entleibt hatte. Gegen 10 Uhr abends traf die Staats-anwaltschaft am Thahort ein.

Köln, 1. September. (B. H.) Die „Köln. Volksztg.“ kommt in einem Berliner Bericht nochmals auf den angeblich bevorstehenden Rücktritt des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe zurück und sagt, der Fürst werde sich nach der am Freitag zu erfolgenden Rückkehr aus Ausland sofort zu vergewissern suchen, ob er noch länger im Amte bleiben kann. Der Streit um die Militär-Strafprozess-Ordnung zwischen dem Militärkabinet und dem preussischen Ministerium drohe, wie wohlunterrichtete Kreise erklären, sich zu einem Konflikt zwischen dem Kaiser und dem Kanzler zuspitzen. Der Kaiser sei seit der Erklärung in der „Nordd. Allg. Ztg.“ auf den Reichskanzler nicht mehr besonders zu sprechen, und es sei die Hoffnung gering, daß der Kaiser seine Bedenken gegen den Entwurf überwinden werde.

Frankfurt a. M., 1. September. (B. H.) Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Straßburg i. E. gemeldet: Der in Mex er-scheinenden „La Lorraine“ zufolge ist der 27pphus unter den Soldaten des 9. Dragoner- und 145. Infanterie-Regiments ausgebrochen. Um eine weitere Verbreitung der Epidemie zu verhüten, sind Baracken errichtet worden.

Leipzig, 1. September. (B. Z. B.) Heute wurde innerhalb der sächsisch-thüringischen Industrie- und Gewerbe-Ausstellung eine Gartenbau-Ausstellung unter entsprechenden Feierlichkeiten eröffnet. Dieselbe ist reich besetzt und dauert bis zum 15. September.

Wien, 1. September. (B. Z. B.) Wie das „Fremdenblatt“ aus Vojen meldet, ist der Tourist Franz Schlüter aus Dresden vom Gipfel des Rofetta abgestürzt. Schlüter wurde schwer verletzt in ein Krankenhaus geschafft; der Führer erlitt leichte Verletzungen.

Budapest, 1. September. (B. H.) Der Landes-Studentenverband wurde wegen Demonstrationen gegen den Minister des Innern aufgelöst.

Budapest, 1. September. (B. H.) Zwischen dem Sektionsrath im Unterrichtsministerium Szpiracsusky, Leiter der Sektion für Kunst und Wissenschaft, und dem Maler Kinnach fand ein Sidel-duell statt, in welchem der erstere erheblich verletzt wurde.

Budapest, 1. September. (B. Z. B.) Heute Vormittag wurde die Telephonlinie Budapest-Berlin mit einem Gespräch zwischen den Chefs der beiderseitigen Telegraphen-Verwaltungen eröffnet.

Paris, 1. September. (B. H.) Die Jahrsjahrbil „Globe“ in Neuilly ist in der letzten Nacht niedergebrannt. Drei Feuerwehrleute kamen bei dem Brande zu Schaden.

Rom, 1. September. (B. H.) In der Finanzintendantur der Vottodirektion wüthete heute früh ein furchtbarer Brand. Das Dach stürzte ein und durchschlug zwei Stockwerke. Der Schaden ist vorläufig ein unberechenbarer, da in der Kasse sich Papiergeld im Betrag von mehreren Millionen befand. Mehrere Personen sind bei dem Brande ums Leben gekommen.

Athen, 1. September. (B. H.) Dießige Banken und Bankiers verständigten die Regierung, sich an der Kriegsgeldausgabe von 25 Millionen Franz zu betheiligen. Da die Beschaffung der restlichen 75 Millionen beim Ausland keinen Schwierigkeiten mehr begegne, dürfte die internationale Finanzkontrolle gegenstandslos geworden sein.

New-York, 1. September. („Frankf. Ztg.“) Die Zeitung „The Freiheit“ ist eingegangen. Most übernimmt die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“. Ähnliches ist auch früher schon gemeldet worden, ohne Bestätigung gefunden zu haben.

Buenos Aires, 31. August. (B. Z. B.) Der Senat der Provinz Buenos Aires hat in erster Lesung das auf die Regelung der äußeren Schulden der Provinz bezügliche Gesetz angenommen.

Für die Opfer der Hochwasser-Katastrophen

Sind uns ferner die folgenden Beiträge zugegangen:

Stattut Nr. 1.— Gesammelt von Arbeitern der Kartonfabrik Ed. Jacobsohn, Landwehrstr. 11 15.— „Deutsche Warte“ 16.10. 1897.—40. Ertrag von der Matinée des Männer-Gesangsvereins „Namenlos“ am 22. August in Keller's Festsaal, Köpenickerstr., unter gütiger Mitwirkung der Hauskapelle 182.50. Ertrag vom Unterhaltungsabend am 29. August des gesell. Vereins Die lustigen Brüder durch F. Wille 11.90. C. Darby in Lichtenberg 1.— Summa 177.90.

Bereits quittirt 2647.24. Gesamtsumme 2825.14. Weitere Beiträge nimmt unsere Expedition entgegen.

Lokales.

Den Parteigenossen des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises zur Beachtung, daß in der am heutigen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, bei M. Drischel, Jüdenstraße 35, stattfindenden Wahlvereins-Versammlung Genosse Bösch über das Thema: „Massenkampf oder Klassenkampf“ referieren wird. Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.

Nächsten Sonntag, den 6. September, findet in den Arminshallen, Kommandantenstraße 20, ein großes Gartenfest mit Sommernachtsball statt unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Solidarität“ (Dirigent Herr Lange). Familien-Kaffeeocher von 3 bis 6 Uhr. Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf. Garderobe 10 Pf. Willets sind bei allen Vorstandmitgliedern und in den Jahrsstellen zu haben.

Die Jahrsstellen des Wahlvereins, welche sämtlich neue Mitglieder aufnehmen, befinden sich bei M. Drischel, Jüdenstr. 35. Preis, Neue Friedrichstr. 20. Moll, Klosterstr. 101. Sommer, Grünstr. 21. Der Vorstand.

Wahlverein des 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises. Sonntag, den 6. September: Familienausflug nach Pieschewitz bei Köpenick. Regie-Beihilfung erwartet der Vorstand.

Der Pastor in der Schule. Den Redatoren unserer Gemeindeschulen ist unter dem 17. v. M. eine Verfügung der sächsischen Schuldeputation zugegangen, die die Beachtung des evangelischen Religionsunterrichts durch die weltlichen Lokal-Schulinspektoren und die delegierten Geistlichen von neuem regelt. Danach ist die bis dahin gültige Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums vom 11. Januar 1875 durch Verfügung vom 28. Juni 1897 dahin ergänzt worden, daß hinsichtlich der folgenden Bestimmungen Platz greifen: „Da die Volksschule Staatsanstalt, die Lokal-Schulinspektion ein staatliches Amt und der Religionsunterricht ein obligatorischer Lehrgegenstand ist, so ist der weltliche Lokal-Schulinspektor berechtigt, wie dem gesammten Unterricht der Elementarschule, so auch dem Religionsunterricht jederzeit beizuwohnen und darüber zu wachen, daß der genannte Unterricht in den bestimmten Stunden und nach dem Lehrplan erteilt werde. Der delegierte Geistliche ist befugt, 1. dem evangelischen Religionsunterricht in den für diesen Lehrgegenstand angeordneten Stunden in allen Klassen beizuwohnen und sich nach Befund der Umstände von den religiösen Kenntnissen der Schulkinder durch eigene Prüfung zu überzeugen; 2. er kann beanspruchen, daß ihm der Lehrplan für den Religionsunterricht und der bezügliche Theil des Lehrbuchs zur Einsicht vorgelegt werde, wie die Religionslehrer auch verpflichtet sind, ihm erforderlichenfalls in Beziehung auf den genannten Unterricht Auskunft zu erteilen und auf seinen Wunsch in seiner Gegenwart den Unterricht auf bestimmte, im laufenden Halbjahr durchzunehmende Abschnitte zu richten; 3. dagegen hat er selbständige Anordnungen nicht zu treffen, etwaige Ausstellungen vielmehr der sächsischen Schuldeputation einzubringen.“

Rezept gegen Unzufriedenheit. Als vor einigen Tagen wieder einmal irgendwo ein Denkmal für den großen Wilhelm eingeweiht wurde, hielt ein Fürst zu Wies eine Enthüllungsbrede, in der nach den Berichten bürgerlicher Blätter folgende Stelle vorkommt:

„Wenn jeder von uns in seinem Herzen ein Denkmal seiner herrlichen Tugenden pflanzen und seinem Vorbilde nach-eifern würde, dann gäbe es bald, so weit die deutsche Zunge klingt, keine Unzufriedenheit mehr.“

Oeffentlich fangen alle unzufriedenen Patrioten, die nothleidenden Agrarier eingeschlossen, ernsthaft an, bei sich selber die Probe auf das Exempel zu machen. Ueber die Wirkung des Rezepts könnte vielleicht nach Jahresfrist berichtet werden.

Dem Scharfrichter Reindel, der in Magdeburg das Fest der goldenen Hochzeit feierte, ist vom Kaiser die silberne Ehejubiläumsmédaille verliehen worden.

Die Kunst unter Polizei-Aufsicht. Die Neue freie Volksbühne hat fortgesetzt mit der Mißgunst der Polizei zu kämpfen. So wird jetzt, wie am Dienstag in außerordentlicher Mitgliederversammlung mitgeteilt wurde, ein Verbot jeder Vorstellung angedroht für den Fall, daß der Vorstand noch kurz vor Beginn der Aufführung neue Mitglieder aufnimmt. Sie verlangt die sühnungsmäßige Festlegung einer Frist zur Anmeldung von mindestens zwei Tagen; wer nicht mindestens innerhalb dieser Zeit die Anmeldung und Aufnahme bewirkt, darf der nächsten Theater-vorstellung nicht beiwohnen. Die Versammlung erklärte sich auf Antrag des Vorstandes damit einverstanden, daß der polizeilichen Anforderung stattgegeben werde.

Proletarier-Davanna. Nach einer in den Amtsblättern veröffentlichten Bekanntmachung des Finanzministers ist infolge eines Beschlusses des Bundesrats vom 2. Juli d. J. die Verwendung von Zuckersäcken von den Zolldeklarationsbehörden wider-rücklich gestatteter worden. Der Bundesrat scheint wegen der infolge der Aufstände auf Sulu und Manila eingetretenen Knappheit in „Davanna“ und „Manila“ so nachsichtig und weitherzig geworden zu sein. Wir sind der Meinung, daß die Zolldeklarationsbehörden das Publikum über den Ursprung ihres Krautes unterrichten müssen, wenn sie sich nicht wegen Lebensmittelfälschung strafbar machen wollen. Ob gegen diese Fabrikanten nicht am Ende wegen Gift-mordversuchs oder Körperverletzung vorgegangen werden kann, das ist eine Frage, über die sich unsere Juristen angelegentlich die Köpfe zerbrechen sollten.

Louisen-theater. Das Volkstheater in der Reichenbergerstraße hat ein neues Reulement erhalten. Die Viertelstücke sind aus dem Parterre völlig verschwunden und filzvolle Parquettreppen senken sich jetzt fast wie in ordentlichen Theatern zum Orchester hinab. An beiden Seiten flüchten rathausgeschlagene Logen, in denen die ganz vornehmen Leute sitzen. Das ist aber noch nicht alles. Auch die Bühne bietet was Neues; die Direktion Kuger, die sich im vorigen Jahre an Robert und Bertram genügen ließ, kriegte zur neuen Saison Herrn Oskar Wagner beim Schloßtheater, und der Dichter der Pampensufanne mußte sich hinsetzen und ein „Volkstheater“ anordnen. Er nahm dabei den Schauspielers-Paktel vom Zentral-theater zur Hilfe. Während dies geschah, wurde das Volkstheater nobel zum „Louisen-Theater“ umgetauft. Was da nun zur Gründung der neuen Spielzeit gegeben wurde, überrascht immerhin. Das Stück hieß „Geschwister Fiebig“ und handelte von dem braven Mädchen, das sich weidlich ernährt und einen braven Farmer zum Viebsten hat. Dieser arbeitsfähige Jungmann steht gegenüber die Schlumpe, die mißtrauere Schwelger, welche nachts nach zwölf in Herrenbegleitung durch den Thiergarten fährt. Die Unausführ-keiten dieser Berliner Pflanze kommen natürlich bald am Sonnen-

licht; und der alte ehrliche, etwas rheumatische Vater erzmittelt sie. Die Mutter aber, eine zur vollen Reife ausgetragene alte Millerin, zieht mit zum sauberen Baron und von der Gesellschaft dieses Thiergartenmüllers wird die moralische Schwester auf ein Honorar auch ins Verderben gezogen. Es bedarf eines beträchtlichen Humors, um soviel Kergerniß wieder ins Geleise zu bringen, aber schließlich steigt denn doch die ge-sährdete Tugend und das Laster erhält seine wohlverdiente, exemplarische Strafe. Das Ungewohnte und Ueberraschende an diesen neuesten Werke Oskar Wagner's ist nun eben die unbändige Moral, die es zu einer Ausführung im evangelischen Jünglingsverein qualifiziert, und der sehr fühlbare Mangel an Witz. Nur im ersten Akt blüht inwischen ein Fünkchen von der alten Schlagfertigkeit dieses Berliner Lokalpoeten hervor. In Herrn Wagner am Ende gar der Schreck durch die Glieder gefahren, als die Polizeigenur sich aus Gründen angeblicher Sittlichkeit das Aufführungsverbot leistete, oder hat der Dichter aus dem verschütteten Werte alle Hoffnungen zu späterer Verwendung herausgepielt, weil er sich sagte, daß ein Polizeiverbot auch den Erfolg eines minderwerthigen Stückes garantiert? Schade um den Mann, der die Trockenwohner und die Pampensufanne zuwege brachte.

Das Stück wurde flott gespielt. Als ausgezeichnetes Komiker bewährte sich wieder Herr Kreis, der die Episodenrolle eines Trockenwohners gab; auch die Damen Milbig und Reineken hielten sich wacker.

Im Passage-Panoptikum sind zur Zeit die Bewohner eines hinterindischen Dorfes angestellt. Die Leute stammen aus Ober-Virna und haben sowohl ihre ländlichen Hütten, als auch eine Reihe von Stickerien, Musikinstrumenten, Filigran- und Weberarbeiten mitgebracht, welche ein beachtenswerthes Zeugnis indischer Handfertigkeit bilden. Das die neuen Gäste sich auch in mancherlei Beziehung mit Jng als Künstler bezeichnen können, zeigten die vielseitigen Produktionen, in denen sie zum theil staunenswerthes leisteten. Ihre Länze bestehen aus den wunderbarsten Verrenkungen des Körpers und werden von einer Musik begleitet, die trotz ihrer Fremdartigkeit nicht ungesund genannt werden kann. Unerklärlich ist aber die Fertigkeit der Jongleure, deren hervorstechendstes Mitglied der Künstler Mung Zoom ist. Die Spiele, die derselbe mit einer Kugel anführt, sowie seine Balancirakünste werden jeden Liebhaber von Spezialitätenleistungen auf das höchste befriedigen. Auch ein Bogerkampf zwischen zwei Indiern dürfte selbst bei denen, die sonst nicht für derartige Kraftleistungen eingenommen sind, Interesse erregen. Zum Schluß wurde ein indisches Drama aufgeführt, das zwar wenig an die klassische Dichtkunst erinnert, aber doch durch die erlauchten Personen der Menschen- und Götterwelt, die in ihm auftraten, sowie durch die Geschicklichkeit, mit der die Akteure am Schnürchen gehalten werden, lebhaft fesselte.

Ein Sittenbild. Man schreibt dem „Hannov. Kurier“ aus Berlin: In einem feinen Hause des von den oberen Jehntausend am meisten benutzten Theiles des Thiergarten-Viertels wurde vor etwa einer Woche eine verblühende Entdeckung gemacht. Die Dame des Hauses hatte seit drei Jahren eine Kammerjungfer, die sich der vollsten Zufriedenheit ihrer Herrin erfreute. Auch sonst hatte sich niemand in Hause über sie zu beklagen, bis sie vor einiger Zeit das Mißtrauen des gestrengen oder vielleicht nicht allzu gestrengen Haus-herren erregte. Dieses Mißtrauen bewegte sich nach einer ganz bestimmten Richtung, und die einige Wochen fortgesetzten aufmerk-samen Beobachtungen führten zu dem Resultat, daß das Mißtrauen des — eifersüchtig gewordenen Herrn Gemahls sich als berechtigt herausstellte. Es zeigte sich nämlich, daß die Kammerjungfer ein bildhäßlicher junger Mann ist, der die Rolle des weiblichen Dien-boten seit drei Jahren mit demwundernwerthen Geschicklichkeit und Treue gespielt hatte, allerdings — nicht ohne Vorwissen der Herrin, gegen welche bereits von ihrem Gatten die Ehescheidungsfrage ein-geleitet sein soll. Das Ehepaar hatte getrennte Schlafkammern. — Das räumt sich allemal!

Einen deutschen Heldenjüngling wandelte gestern die Luft an, sich eine Kraftprobe seines patriotischen Muthes zu leisten. Im Volgesfeld seiner Stärke durchschritt der Jüngling die Mantelstrasse und gar bald hatte er sich ein würdiges Objekt in der Person eines armen Slowakenjungen ersehen, der leuchtend unter seiner Mantelfaltenlast nach Hause schritt. Mit kräftiger Faust und ohne jegliche Ursache verlegte er dem ahnungslosen Fremdling einen Schlag ins Gesicht, so daß der wehrlose Knabe laut vor Schmerzen aufschrie. Dann schritt der Jüngling gehobenen Muthes und fugebewußt weiter die Straße. Zum Glücke fand sich auf der Stelle eine Korrektur solcher Heldenmuthes; ein Schuhmacher, der die feige Flegelrei des Fürchten beobachtet hatte, diente dem Beleg prompt mit einer derben, aber gut gemeinten Mantelschelle. Nun rief der deutsche Jüngling aus vollem Halse nach der Polizei, und das Ende des Vorganges war, daß die Geschichte, die gar bald eine ansehnliche Menschenmenge herangelockt hatte, auf dem Revierbureau das übliche Nachspiel fand. Oeffentlich ist aber der Heldenjüngling von der Sucht kurirt, seine Nothheit an wehrlosen Slowakenjungen anzujulassen.

Das Loos der Offiziersburschen soll bekanntlich nach Angabe derer, welche sich derselben fühlen, alle Einrichtungen unseres herrlichen Kriegsheeres als unüberwindlich zu preisen, ein so beneidens-werthes sein, daß die jungen Leute im Wasserloch mit dem größten Vergnügen den Dienst in der Haushaltung des Offiziers ver-saufen. Die Soldaten, welche beim Hauptmann Martini, zur Zeit an der Festungs-Verschule zu Westend, Wurfendienste verrichten mußten, sind dagegen anderer Meinung. Hausgenossen des Herrn Hauptmanns erzählten, daß sie fast täglich hören können, wie derselbe seine Burschen mit nicht wiederzugebenden Schimpfworten bedenk-t. Einer der Burschen des Hauptmanns Martini war durch die ihm zu theil werdende Behandlung so niedergedrückt, daß er anderen Leuten gegen-über die Absicht bekundete, sich das Leben zu nehmen, und es einer eindringlichen Ueberredung bedurfte, um ihn von seinem traurigen Vorsatz abzubringen.

Als eine wohlhabende Arme hat sich die Wittwe Seelig aus der Ansbacherstr. 47 in Charlottenburg entpuppt, die im Alter von 67 Jahren für sich allein lebte und zu ihrem Lebensunterhalt die Hilfe der Armenbehörde in Anspruch nahm. Niemand ahnte, daß sich die Alte einer gewissen Wohlhabenheit erfreut. Durch einen unglücklichen Zufall sollte die Wittwe Seelig selbst zur Verrätherin ihres Reichthums werden. Sie zog sich auf der Straße einen Bein-bruch zu und mußte am Montag in das jüdische Krankenhaus nach Berlin gebracht werden. Aus Besorgniß, es möchte ihr Vermögen nicht sicher in der Wohnung sein, wandte sie sich selbst an die Polizei mit der Bitte, ihre Papiere einer Durchsicht zu unterwerfen und die Sicherstellung zu bewirken. Der Vorstand des zuständigen ersten Reviers begab sich daraufhin in die Wohnung der Armen und fand zu seiner Ueberraschung acht- bis zehntausend Mark in Papieren vor. Selbstverständlich ist die Summe sichergestellt, indeß so, daß Frau Seelig selbst nicht die volle Summe im Hinblick auf die er-haltene Armenelder zurückerstattet werden kann. Ein Sohn der „reichen“ Armen noht als Kaufmann im Westen Berlins.

Einer der Komplizen des Kreditwindlers Blesensick ist in der Person eines Agenten Müller ermittelt und festgenommen worden. Die Gauner hatten sich Gummikampel hiesiger bekannter Auskunfts-Bureau's, wie Salomon u. Co., Schimmelpfennig u. s. w. anfertigen lassen, verschafften sich ebenfalls in verbrecherischer Weise Auskunftsformulare der betreffenden Firmen und füllten sie die-selben nach Gutdünken aus. Blesensick wurde in den Formularen als eine gewissenhafte, solide Persönlichkeit bezeichnet, welcher ein Kreditschuld von 6000 M. zu jeder Zeit eingeräumt werden könne. Auf Grund dieser Kreditfiktione besetzte dann der Gauner Weine, Tuchwaaren, Baumaterialien, kurz alles, was er nur zu erlangen vermochte und verkaufte diese Waaren zu Schieberpreisen. Der so

den verschiedenen Firmen zugefügte Schaden soll außerordentlich be-trächtlich sein.

Seit einiger Zeit wurden in Berlin Ackermann'sche Nähgarne zu auffällig billigen Preisen vertrieben. Dem hiesigen Vertreter der Firma gelang es nun, festzustellen, daß in der Reichshauptstadt für ca. 20 000 M. Garne zu niedrigeren als Originalpreisen verkauft worden sind. Die Firma verständigte hieron die Staatsanwaltschaft, und letztere veranlaßte eine eingehende Untersuchung. Wie sich nun herausgestellt hat, sind die Garne bei einer bedeutenden Posamentenwaaren-Firma in der Königsstadt muthmaßlich geflohen und es sollen bei den Veruntrennungen eine größere Anzahl Personen des betreffenden Geschäfts betheiligt sein. Es haben dementsprechend schon zahlreiche Vernehmungen stattgefunden.

Die Weidendammer Brücke ist nun endlich dem Verkehr ganz übergeben worden.

Bei dem Versuche, einen Selbstmörder zu retten, zog sich vorgehien ein Pferdebahn-Rutscher erhebliche Verletzungen zu. Der in der Mühlentstraße in Panlow wohnende Gastwirth Schröder machte den Versuch, sich in seiner hinter dem Baden gelegenen Wohnung zu erheben, als der Pferdebahn-Rutscher Schulz die Gasse betrat. Da der Beamte nicht viel Zeit hatte, so wollte er sich in die Privatwohnung begeben, um den Wirth zu rufen. Da erkligte er durch die Glasscheibe der verschlossenen Wohnungsthüre Schröder an einem Spiegeltische hängen. Der Rutscher zertrümmerte die Scheiben mit den Händen und verschaffte sich so Zugang zu der Wohnung. Es gelang ihm auch, den Gastwirth aus der Schlinge zu befreien und ein inzwischen hinzugeworfener Arzt vermochte auch den Gastwirth ins Leben zurückzurufen. Schulz hatte jedoch bei dem Zertrümmern der Fenster erhebliche Schnittwunden an beiden Armen erlitten und mußte ebenfalls ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Die beiden Leichen, welche zwischen Seebad Nüdersdorf und Woltersdorfer Schanze am 29. v. M. aufgefunden worden sind, konnten inzwischen rekonstruirt werden. Die Todten waren Angehörige der Firma A. Hefesiel u. Co., hier, Landsbergerstraße 82, Gustav Junter und die unverheiratete Ida Paehold aus Berlin. Junter, welcher seit vier Jahren verheiratet war und zwei Kinder hatte, von denen das jüngste erst sieben Wochen alt ist, knüpfte mit der Paehold ein Liebesverhältnis an, welches nicht ohne Folgen blieb.

Eine Gasexplosion hat vorgestern Abend in der Schankwirth-schaft von Neubauer, Hauptstr. 8, stattgefunden. Der Geschäfts-inhaber hatte das Lokal unter Mitnahme der Einrichtung heimlich verlassen und war nochmals zurückgekehrt, um die Gasarme ab-zuschrauben. Hierbei hat er anscheinend die Absperrung des Haupt-habns unternommen und dadurch die Explosion herbeigeführt, bei der er im Gesicht und an den Händen schwer verletzt wurde, so daß seine Ueberführung in die Charitee erforderlich wurde.

Ein sehr gefährliches Feuer entstand durch Fahrlässigkeit während der verfloffenen Nacht in der Bilderrahmen-Fabrik von Elon, Seebaststraße 61, und zwar im Seitenflügel des ausgedehnten Gebäudes. Nur durch die Aufmerksamkeit der Hausbewohner und das schnelle Eingreifen der Feuerwehre hat das Feuer größere Di-mensionen nicht gewonnen. Im ersten Stockwerk, das mit großen Vordächern an Holzrahmen angefüllt ist, so daß man sich in den Räumen kaum umwenden kann, brannten Tische und Papppe, die durch glühende Scudelben in Brand gerathen waren. Die Ofen sollen vorschriftsmäßig auf Steinen stehen, statt dessen waren sie auf Holzstücke gestellt, die mit Papppe belegt waren. Diese fahrlässige Aufstellung dürfte noch ein gerichtliches Nachspiel herbeiführen. — Um 2 Uhr nach Mitternacht stand der Dachstuhl des Hauses Zochimstraße 11 in Flammen. Rich einständiger Thätigkeit war die Gefahr beseitigt.

Die Herren Rückwerth und Riegel aus der Wiener-straße 50 theilen uns zu dem vorgestriegen Feuerbericht mit, daß der Brand in ihrem Hause nicht beim Leinlochen, sondern aus uner-klärlichen Ursachen entstanden ist.

Tödtlich verunglückt ist in seinem Beruf der 25 Jahre alte Arbeiter Karl Ziehe, der als unverheirateter Mann in dem Hause Wäckerstr. 105 wohnte und im Rangdienst auf dem Anhalter Güter-Bahnhof Verwendung fand. Am Dienstag Vormittag, zwischen 9 und 10 Uhr kam er auf den Schienen zu Fall, während sich ihm ein Wagen näherte. Die Räder glühen ihm über den Unterleib und das rechte Bein. Sehr schwer verletzt, aber noch lebend, wurde er in einem Tragekorb nach dem Elisabeth-Kranken-haus gebracht, war aber auf dem Wege dorthin den Verletzungen erlegen. Die Leiche wurde später zur gerichtlichen Bestimmung des Todesbestandes abgeholt.

Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl in Spandau hat unsere Partei einen glänzenden Sieg davongetragen. Der von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft aufgestellte Kandidat, Zigarren-arbeiter P i x e r erhielt 412 Stimmen, wogegen der von den ver-einigten bürgerlichen Parteien nominirte Herr Heller, der in der königlichen Geschloßwerkstatt das Amt eines Werkmeisters bekleidet, nur 244 Stimmen auf sich vereinigte.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eines Offizes (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag und Sonnabend von 6 bis 7 1/2 Uhr statt!!!

N. St. in W. Nur eine Tochter, keine Söhne.

W. D. 41. Wenden Sie sich an die Generalkommission in Hamburg (Adresse: C. Wegler, Hamburg, Marktstr. 15, II).

Strohkomponent. 1 und 2. Bestimmtes hierüber ist noch nicht be-kannt. 3. Als Kompromißkandidat, aber nur zu den nächsten Verhandlun-gen.

E. R. 15. Die Stecklinge der Kamelle können gleich in Erde gesetzt werden und zwar in eine Erdmischung, die aus Laub-, Haide- und Kie-selerde zusammengesetzt ist und der etwas Flußsand und feine Hornspäne beigemengt wird.

H. Noack 158. 1. Ja, aber wo nicht ist, da hat nicht nur der Kaiser sein Recht verloren. 2. Erzeugt ein Mann mit denselben Mädchen zwei Kinder, so hat er selbstredend für beide Kinder zu zahlen. — 9999. Nein.

Witterungsübersicht vom 1. September 1897.

Table with 6 columns: Stationen, Barometerstand in mm. rebarit auf d. Meereshp., Windrichtung, Windstärke (Scala 1-12), Wetter, Temperatur nach Celsius (0°C = 32°F).

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 2. September 1897. Zunächst ziemlich heiter bei mäßigen südwestlichen Winden, kühler Nacht und steigender Tagestemperatur; nachher Trübung und etwas Regen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, den 2. Septbr. Neues Igl. Operntheater (Stroll). Die Hugenotten. Anfang 7 Uhr. Schauspielhaus. Die Hermannschlacht. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Faust. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Kaiser Heinrich. Anfang 7 1/2 Uhr. Lessing. Abu Seid. Das zweite Gesicht. Neues. Der Stellvertreter. Anfang 7 1/2 Uhr. Unter den Linden. Voccaccio. Anf. 7 1/2 Uhr. Schiller. Papa Ritsche. Anfang 8 Uhr. Luise. Geschwister Fiebig. Anfang 8 Uhr. Friedrich. Wilhelmstädtisches. Das vierte Gebot. Thalia. Luftballon. Origoletti. Vorher: Toubillon's Hochzeit. Oskud. Unsere Reichspost. Anfang 8 Uhr. Alexanderplatz. Verbotene Früchte. Hierauf: Eine tolle Peinisch. Anfang 8 Uhr. Belle-Alliance. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr. Apollo. Venus auf Erden. Anfang 8 Uhr. Passage. Panoptikum. Indisches Dorf.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr: Papa Ritsche.
Freitag, abends 8 Uhr: Die Geschwister. Hierauf: Clavigo. Sonnabend, abends 8 Uhr: Deutsche Schwänke aus vier Zeitaltern.

Luisen-Theater
34. Reichenbergerstraße 34.
Donnerstag, den 2. September, abends 8 Uhr: Zum 3. Male: **Geschwister Fiebig.** Robernes Volksstück in 3 Akten von Oscar Wagner und Hugo Gahleitner.
Musik von Fritz Krause.
Preise der Plätze:
Prosceniumloge 5 M., Orchesterloge 4 M., Parquetloge 3 M., Orchester-Parquet 2 M., Parquet-Parquet 2 M., Mittelrang-Parquet 2 M., I. Rang 1,50 M., II. Rang 1,50 M., III. Rang 1,50 M., I. Rang Sperrig 1,50 M., II. Rang Sperrig 1,50 M., III. Rang Sperrig 1,50 M., Tribüne 75 Pf.

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Sonnabend, den 4. September 1897: **Emil Thomas a. G.**
Zum ersten Male:
Robitäl! Robitäl!
Berliner Fahrten.
Bunteste Ausstattungsstücke mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannkötter.
Musik von Jul. Einöder.
Vorverkauf findet an der Tageskasse des Central-Theaters von Mittwoch, den 1. September ab von 10-2 Uhr statt.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weisk.
Vorlesung Woche! Vorlesung Woche!
Zum 41. Male:
Unsere Reichspost.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten von H. Amiel. Musik von G. Schüller.
Anfang 8 Uhr.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entrée: Saal und II. Rang 30 Pf., Sperrig 50 Pf., Logen u. I. Rang 1 M.

Viktoria-Brauerei
Lützow-Strasse III/112
nahe Potsdamer Platz.
Heute:
Fest-Soirée
der
Stettiner Sänger
(Mehsel, Vietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)
Zum Schluss:
Nur einmalige Aufführung:
„Vor 25 Jahren“.
Ensemble von Reyer.
Anfang 8 Uhr. Entrée 50 Pf., Billets à 10 Pf. und Familien-Billets à 1 M. nur im Vorverkauf.
Nach der Soirée:
Tanz-Kränzchen.
Freitag, 3. September: Zum Schluss: **Zrampelbräuer.**

Urania
Taubenstrasse 48-49.
Naturkundl. Ausstellung tägl. geöffnet von 10 Uhr vormittags ab, Eintritt 50 Pf. - Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
Passage-Panopticum.
Indisches Dorf
mit dem bedeutendsten Fussball-Künstler der Welt
Moung Tooa.
Vorst. 12, 5, 7 und 9 Uhr.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Bärenweib
die grösste Sehenswürdigkeit des ablaufenden Jahrhunderts ist wieder da!!!
Italienische Kapelle des Maestro Liberti, 5 Herren, 2 Damen.

Apollo-Theater und Konzert-Garten.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Gluck.
Eröffnung der Winter-Saison.
Vollständig neues Programm.
16 Debuts.
Sofortige Vorstellung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr. Entrée 1 Mark.

Drei grosse Extra-Vorstellungen
stehen in Kaufmann's Variété i. d.
I. Original-Budapester Possen- u. Operetten-Theater
(Direktion Gebr. Herrnsfeld) bevor, und zwar:
1. Sonnabend, 4. Septbr.: **Gr. Wohlthätigkeits-Vorstellung** zum Besten der **Ueberschwebten** zum 100. und letzten Male: **„Himmel auf Erden.“**
2. Montag, den 6. September: **Eröffnung d. Winter-Saison**
Première von **Ein Abend im Wintergarten.**
Original-Lustspiel von Gebr. Herrnsfeld.
Im Atelier.
Original-Gelegenheitsstück in 1 Akt.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 10.
Täglich: **Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.**
X-Strahlen.
Schwank in 1 Akt von G. Felsch.
Der Walzerkönig.
Poffe in 1 Akt von Kästch.
Großer Erfolg! Großer Erfolg!
Rosen aus dem Süden.
Original-Burleske mit Gesang von B. Gerde.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag: im Saal: **Grosser Ball.**

Wedding-Park
Wüllerstraße 178.
Gr. Garten-Lokalitäten, verdeckte Sommer-Kegelbahnen, Feuers-Bildards, Belustigungen aller Art.
Raffaelische täglich geöffnet.
Jeden Donnerstag:
Gr. Kinderfest
mit Gratisverlosung.
Jeden Sonntag: **129429***
Frei-Konzert und Ball.
Jeden **Mittwoch: Gesellschaftsabend.**
Auffreten des Konzertängers Herrn Krull, sowie des Konzertplanisten Herrn H. Patsch. - Entrée frei.
Wilhelm Trapp.

Alcazar
Variété-Theater I. Ranges.
Dresdenerstrasse 52/53 (Tipp-Passage)
Kannenstrasse 42/43.
Direktion Richard Winkler.
Sonnabend, den 4. September 1897: **Gr. Eröffnungsvorstellung** zum Besten der **Ueberschwebten.**
Robitäl! Zum 1. Male: Robitäl!
Die Rosen aus dem Süden.
Große Ausstattungsstücke mit Gesang und Tanz in 1 Akt.
Vorher:
Neu! Vermischtes. Neu!
Poffe mit Gesang in 1 Akt.
Auffreten eines durchweg neuen Künstler- und Spezialitäten-Personals I. Ranges.
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.
Louisenstädt. Konzerthaus
Alte Jakobstrasse 37.
Athenoniertes Vereinslokal.
Ich empfehle meine neuorganisierten Festsäle in festlicher Theaterdekoration, bis 600 Personen fassend, zu Vereins-schließungen, Hochzeiten, Kommerzien u. Besammlungen zu den feulanten Bedingungen. **J. Bernstein.**

Achtung! Maurer. Achtung!
Donnerstag, den 2. September, abends 8 1/2 Uhr, in Cohn's Festsälen, Benthstraße 22:
Große öffentliche Versammlung der Maurer
Berlins und Umgegend.
Tagesordnung: 1. Die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften im Baugewerbe. 2. Diskussion. 3. Bericht über unsere jetzige Lohnbewegung. 4. Verschiedenes.
Zahlreiches und pünktliches Ersichmen ist erforderlich.
Die Lohnkommission.

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Direktion R. Winkler u. W. Fröbel.
Sonnabend, 4. September 1894: **Wiedereröffnung der renovirten Riesen-Räume.**
Wohlthätigkeits-Vorstellung zum Besten der **Ueberschwebten.**
Großes Concert (20 Musiker).
Gala-Vorstellung des aus 50 Künstler bestehenden **Spezialitäten-Personals.**
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 8 Uhr. Entrée 30 Pf. bis 1 M. 50 Pf.

Maehr's Variété-Theater
Oranienstr. 24.
Täglich: Theater-Vorstellung.
Spezialitäten-Künstler I. Ranges.
Der Galeerensträfling.
Volksstück mit Gesang.
Neu! **Die Mutter der Kompagnie.**
Schwank.
Die internationalen Original-Bewandlungs-Duetts ohne Konkurrenz! **Geschw. Böhmer, Senf!**
Mr. Bill, Nigger-Excentric u. A.
Alles Nähere die Tageszeitung.

Feuerstein Festsäle
Alte Jakobstrasse 75.
Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. kulanten Bedingungen.
Reichhaltige Abendkarte zu solid. Preisen. **Pilsener und Bützow-Bier.**

Johannisbeerwein
10 Liter Weinglas 10 Pf.
Eugen Neumann & Co.,
Obst- und Beerenweinkellerei.
Damit ein geehrtes Publikum sich von der Güte und Vorzüglichkeit unserer Fruchtweine überzeugen kann, haben wir einen Ausschank errichtet und zwar **Kommandantenstr. 67.**

Achtung, Vereine!
Sonnabend, den 16. Oktober, ist noch zu vergeben. 29132*
Etablissement Süd-Ost,
Waldemarstraße 75.
Wichtig für Brautleute!
Möbel, Spiegel, Polster- u. Tischlermeister.
wegen Erparnis der Lebensmittele bedeutend billiger. **Wig. Werthele i. Hause.**
Bukow, Javaliden-Strasse 13.

Bahn-Atelier.
Kunst. Häuse in tadelloser Ausführung v. 3 M., Plomben v. 2 M. an. Schmeizel, Bahntechnik mit. Gocau, Gloridhal, Ghorossem und Langsdag unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Bestellung v. Kunst. Häuse Bahntechnik, Bahntechnik unsonst; Kataloge gratis. **Guckel, Landwehr Platz 2, Hohenstraße 12, Steglitzerstr. 71.**
Fuchstätter, jung (Pradlerempl.), billig zu verk. **Sand, Kolonnenstr. 38.**

Chemigraphen.
Donnerstag, den 2. September, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Zubeil, Lindenstr. 106:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Um zahlreiches und pünktliches Ersichmen bittet **Die Verwaltung.** 196/2
Sozialdemokratische Partei-Versammlung
für den Kreis Niederbarnim
am Sonntag, den 5. September, mittags 1 Uhr, im Saale der Brauerei Stralau. 224/1
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur Brandenburgischen Provinzial-Konferenz und zu den preussischen Landtagswahlen. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Arthur Stadthagen.** Korreferent: Genosse **Dr. Leo Arons.** 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegirten zur Brandenburgischen Konferenz. 4. Der Parteitag zu Hamburg. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Arthur Stadthagen.** 5. Diskussion. 6. Wahl der Delegirten zum Hamburger Parteitag.
Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit und Reichhaltigkeit der Tagesordnung ersucht die Genossinnen und Genossen um möglichst pünktliches und zahlreiches Ersichmen **Der Vertrauensmann.**

Achtung! Charlottenburg. Achtung!
Sonntag, 5. September, mittags 12 1/2 Uhr, in Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39:
Volks-Versammlung
für Männer und Frauen
des Kreises Teltow-Beesow-Storkow-Charlottenburg.
Tagesordnung: 1. Der Hamburger Parteitag und die Landtagswahlen. Referent Reichstags-Abgeordneter **Fritz Zubeil.** 2. Diskussion und Anträge zum Parteitag. 3. Wahl der Delegirten zum Hamburger Parteitag. Regt Theilnahme der Genossen des Kreises ermartet **Der Einberufer.** 205/12

Sorget für Eure Frauen und Töchter
und kauft ihnen **Karol Weil's Seifenextrakt**
die beste trockene Seife in Pulverform. Es macht den Waschung zum Feiertag, erhält die Gesundheit und schon die Wasche. Ueberall künstlich. Man verlange ausdrücklich **Karol Weil's Seifenextrakt** und nehme nichts anderes.
Das vorzüglichste:
Karol Weil's „Karola“,
Lieblingsseife der Damenwelt.



Jacob Lenz,
Alte Jakobstr. 69,
(vis-à-vis Feuerherd's Festsälen)
empfehl. sein **Weiß u. Rairisch-Bier-Kolal** nebst **Vereinszimmer.**
Billigste und beste Bezugsquelle für **Prinze, Händler und Wiederverkäufer.**
Hauptpreis von 1,70 M. an. 1905
J. Toews Nachf., Stadtschreiberstr. 32.
Frau sucht Wäsche in u. außer dem Hause **Stedjynski, Amalienstr. 21.**

Deutsch-Amerikanische Schuhfabrik
den grossen Kundenkreis?
Enorm billig! Solid und reell!
Bei uns muß Jeder billig und reell bedient werden, denn jeder Schuh ist mit billigstem und festem Preise gestempelt; jeder Käufer erhält Reklamationschein und bei Vorlegung Schadenersatz, wenn sich beim Gebrauch Fabrikationsfehler zeigen!
Niemand versäume daher, seinen Schuhbedarf bei der **Deutsch-Amerikanischen Schuhfabrik** zu kaufen. Direkte Verkaufsstellen unserer Fabrikate ohne Zwischenhandel
Oranien-Strasse 162 (zw. Oranien- und Moritzplatz)
Friedrich-Strasse 131 (nahe Karl-Strasse)
Rosenthaler-Strasse 67 (zw. August- u. Linien-Strasse)
Reparaturen sofort und billigst!
Goodyear Welt **Echt russ. Gummischeue**

Dr. Gurau,
O. Weidenweg No. 100.
Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein **Weiss-, Rairisch-Bier- und gr. Speisegegesch.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag mit Bier 30 Pf. sowie Abends à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Kavier für 20-50 Personen.
H. Straum, Rest. Ritterstr. 123.
Künstliche Zähne.
H. Steffens, Koenigsplatz 61, 2 Tr. *
Theilzahlung pr. Woche 1 M.
Hohe Provision!
leicht abgehbarer Krieff!
Jos. Schnabel, Herlos.

Rohtabak
Grösste Auswahl! Billigste Preise! Unter Brand! Bestmögliche Qualität!
Sämmtliche Fabrikations-Maschinen.
(Neue Formen, sehr gr. Anst. & 110 M.) Man verlange Preis-Verzeichniss. 2949L*
Heinrich Franck,
Nr. 185, Brannenstr. Nr. 185.

Möbel 2949L*
in jedem Stil und jeder Galtart, außerst billig, auch auf Theilzahlung. Gr. Lager gebrauchter und vertriehen geneeener Möbel. 12949L*
Schützenstr. 2.
Möbel
vertriehen geneeene und neue, stauend billig. Theilzahlung gestattet. Beamteten ohne Anzahlung. 2917L*
Neue Königstr. 59.

Betten, Matratzen, Regulatoren, Kleiderbügel, Gardinen, spannbildige Pfandleiche Kleiderstr. 6. 53,7
K. Teffengehächte sof. od. 1. Okt. billig vertriehen. Preis **450 M.** **Blücherstr. 30.** [211]*
Stellmacherei
mit ca. 16 Wagenäder und Wiesen und dazu geh. Gebäuden ist **Tobolsk** bill. zu verk. **Scheel, Böhlingstr. 12.** 350B*
Ein Landenfeld mit **baumfüllendem Inventar** ist billig zu verkaufen bei **R. Rehl, Rantzenstr. 64, Hof II.**

Wohnungen.
Borden- u. Hofwohnungen bill. zu vermieten. **Simeonstr. 13.**
50. Eisenstrasse 54.
Gefunde n. Wohnungen m. Balkon per 1. Oktober. Elektrische und Stadtbahnverbindung. 2025
Zu vermieten
per sofort oder später **Braunstr. 165** große helle Räume, passend zu Konfektion und anderen leichten Gewerbebetrieben. 2075

Mühlenstraße Nr. 8
nahe Oberbaum u. Bartschauerstraße, sub billige freundliche Hofwohnungen zum 1. Oktober zu vermieten. Näheres beim Verwalter. 29412*
Arbeitsmarkt.
Achtung, Holzarbeiter!
Zuzug fernhalten von Drechslern, Stellmachern und Tischlern von **Engel, Demmerstr. 5.** 292/13 Die Ordoerhaltung.

Die Forme und Kernmacher
der Firma **Borsig** haben Montag, den 23. d. M., wegen Lohnhöherungen die Arbeit eingestellt. Zuzug nach betrieblender Firma ist streng fernzuhalten!
L. Müller, Gerichtstr. 31. Vertrauensmann. 163/4*
Reparatur 2901L*
für Pianos, Klav. und Streichinstrumente, Harmonikas u. Drehorgeln sof. bei gutem Gehalt und angenehmer dauernder Stellung nach norddeutscher Residenzstadt v. 200 000 Eins. gesucht. Offerte mit Angabe dies. Tätigk. unter **Kolffre Z. 2.** an Expedition d. Zig.
Zum Eintritt per 1. Oktober er. suche ich für meine Cigarren-Fabrik tüchtige Cigarren- und Widelmacher, sowie einen Sortierer, der zugleich Cigarren- oder Widelmacher sein muß. Reiseflohen werden nach Ueberreuehnt zurückgeschickt.
Z. Landberger, Gumbinnen, Chor.
Kartondruckerinnen, geübte, verlangt **M. Wolff, Neue Friedrichstr. 48.**

Gürtler-Lehrling
gesucht **F. Zörn, Kürschnerstr. 3.**
Wäscheempfehlen verlangt 1406
Gebr. Benjamin, Grüner Weg 118.
Näherin im Hause verlangt 3416
Gebr. Benjamin, Grüner Weg 118.
Berichterstatterin, gef. Schweitzerstr. 6, II.

Tüchtige Kürschnergehilfen
finden lohnende und dauernde Beschäftigung bei **3445 H. Wolff, Burgstr. 29.**
Tüchtige Bekleinerer-Staffprenerinnen
finden lohn. u. dauernde Beschäftig. bei **3455 H. Wolff, Burgstr. 29.**
Seher-Faktor,
erste Kraft, für größere Druckerei Berlins zum 1. Oktober gesucht. Off. mit Gehaltsanprüchen unter **B. 3** an die Exped. d. Zig. 3428*
1 Stockpolierer vert. Andreasstr. 77, 3485
Farbige-macher gef. **Waldenstr. 46.**